1923:
Eine verpaßte Revolution?

Die deutsche Oktoberlegende und
die wirkliche Geschichte von 1923

von A. THALHEIMER

BERLIN 1931

JUNIUSVERLAG, WILHELMSTR. 135

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Im Jahre 1923 waren die Verhältnisse vollkommen reif für den Sieg der proletarischen Revolution, aber die damalige Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands, mit Brandler an der Spitze, hat den Sieg der Revolution verhindert. Diese Ansicht erscheint auf den ersten Blick so phantastisch und belanglos, daß es sonderbar erscheinen könnte, wie man sich noch heute damit beschäftigt. Aber diese Ansicht, die sich mit dem Namen „Oktoberlegende" bezeichnet, ist heute noch offizielle Ansicht in der Kommunistischen Partei Deutschlands. Sie wird als Dogma den jungen Parteimitgliedern eingehämmert, die sie auf Treu und Glauben hinnehmen, ohne eine Ahnung zu haben, daß es eine Geschichtslegende ist, zu dem Zweck erfunden, um eine falsche Taktik der Kommunistischen Partei zu begründen und zu stützen, eine Geschichtslegende, die der Partei und damit der deutschen Arbeiterklasse den Ausweg aus einer verhängnisvollen Bahn versperrt und die verhindert, daß die Kritik, die die Kommunistische Opposition an diesem falschen Kurs übt, in dem Ausmaß und Tempo wirksam wird, wie es sonst der Fall sein müßte.

Deshalb sind die Fragen der Taktik und Strategie der Kommunistischen Partei Deutschlands im Jahre 1923 leider noch heute höchst aktuell. Ja, sie sind gerade heute aktueller denn je, wo die Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands in verschärfter Form die Fehler macht, deren ideologische Grundlage die Oktoberlegende von 1923 ist.

Die offizielle Oktoberlegende ist nunmehr 8 Jahre alt. Sie ist inzwischen beinahe kanonisch geworden. Denn sie ist eine der wichtigsten Stützen des ultralinken Kurses. Die ultralinke Legende verhalf dem ultralinken Kurs in die Welt. Und nun erhalten sich beide wechselseitig durcheinander und aneinander. Wer daher die Oktoberlegende trifft, trifft auch den ultralinken Kurs, und wer den ultralinken Kurs schlägt, schlägt die Legende. Wie beide aneinander und miteinander entstanden sind und sich erhalten haben, so werden sie auch miteinander zusammenbrechen. Je länger sich aber die Legende und die darauf gestützte ultralinke Politik erhält, um so größer wird die Gefahr, daß der Zusammenbruch der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland, der 1923 nur Legende war, bittere Wirklichkeit wird.

Die „Prawda“ schrieb nach den Reichstagswahlen vom 14. September 1930, niemals sei die Kommunistische Partei Deutschlands so nahe an der Macht gewesen wie jetzt. Eine gröbere Selbsttäuschung ist nicht denkbar. **Objektiv** sind die Verhältnisse für den Sieg des Kommunismus in Deutschland in den letzten zwei Jahren von seltener Gunst gewesen. **Subjektiv** aber war die Kommunistische Partei noch **niemals so weit entfernt** von der Möglichkeit des Sieges. Denn noch nie hat sie sich so weit und so lange von wirklicher kommunistischer Politik entfernt und noch nie hat sie eine so völlig und in jeder Beziehung nichtige Führung besessen.

Im Jahre 1923 wurde der Sieg des Kommunismus in erster Linie verhindert durch rechtzeitig gemachte Zugeständnisse der Bourgeoisie und erst in zweiter Linie durch Fehler der Partei und ihrer Führung. Aber die Kommunistische Partei, wenn sie auch nicht imstande war, selbst zu siegen, so **war sie doch imstande, den Sieg des Faschismus zu verhindern.** Sie vermochte dies kraft der im ganzen richtigen Politik, die sie bis in den August 1923 betrieben, und der rechtzeitigen und entschlossenen Korrektur der eigenen Fehler, die sie mit dem Rückzug im Oktober vornahm.

Wird jetzt der ultralinke Kurs der Partei weiter fortgesetzt — und die Aussicht ist äußerst gering, daß das nicht geschieht, wo die Partei und auch die Exekutive der Kommunistischen Internationale in dem Wahlerfolg vom 14. September eine Bestätigung dieses Kurses erblickt —, so ist der Weg frei für den Sieg des Faschismus. Und das heißt für die **wirkliche, schwere** und **langanhaltende** Niederlage der Arbeiterbewegung und der Partei. Dann wird man wohl eine neue Legende erfinden müssen, die beweist, daß die Exekutive immer recht gehabt hat, und man wird neue „Schuldige“ finden müssen.

Wir aber meinen, daß die erste Voraussetzung für eine kommunistische Partei und Führung, die zu siegen versteht, die ist, daß sie allen Legendenwust forträumt und wirklich zu **lernen** beginnt. Solange dieses wirkliche Lernen aus der eigenen wirklichen Geschichte nicht begonnen hat, wird die Partei und mit ihr die Arbeiterklasse sich immer nur im Kreise drehen, statt fortzuschreiten, und immer neue und immer schwerere Niederlagen werden die Folge sein. Die Arbeiterklasse verzieh der Partei die Kinderkrankheiten ihrer Anfänge. Sie verzeiht ihr nicht, wenn sie in der Kindheit und ihren Krankheiten steckenbleibt. Und mag die Partei nicht lernen, so lernt dafür der Klassengegner.

Die Führung der KPD. beruft sich heute zur Bekräftigung ihrer groben und gefährlichen Entgleisungen in der nationalen Frage auf das Jahr 1923. Zu Unrecht. Die Partei hat 1923 trotz einzelner Fehler und Uebertreibungen in dieser Frage im ganzen sehr wohl verstanden, die nationalistische Ideologie zurückzuschlagen und zu zersetzen. Heute sehen wir das umgekehrte Schauspiel, die Verbiegung und Zersetzung der kommunistischen Ideologie durch die nationalistische. Wir sehen schließlich, wie nach 10 Jahren die Kinderkrankheiten in der Gewerkschaftsfrage, die vor 10 Jahren erklärlich waren und überwunden wurden, zur offiziellen Lehre der Partei, der Kommunistischen Internationale und der Roten Gewerkschaftsinternationale erhoben werden.

In einem Aufsatz über **Jena** führt Mehring das Wort von Engels an: „Eine große Armee, wie jede andere große gesellschaftliche Organisation ist nie besser, als wenn sie nach einer großen Niederlage in sich geht und Buße tut für ihre vergangenen Sünden“ (Franz Mehring, Ges. Schriften: Zur preußischen Geschichte. Vom Mittelalter bis Jena. S. 373). Das Gegenteil davon aber, die beharrliche Wiederholung und Lobpreisung begangener Sünden trotz zunehmender Teil-Mißerfolge und Teilniederlagen, die Verblendung, die sich gerade auf das versteift, was das Verkehrte ist, das führt eben zu — Jena.

Wer die Verfassung der Partei heute unbefangen ansieht, die die Aufgabe hätte, die Arbeiterklasse zur proletarischen Revolution zu führen, wird nicht darüber im Zweifel sein, daß sie **nicht** das Bild der preußischen Armee **nach** Jena aufweist.

Die nachstehenden Ausführungen sind die Niederschrift eines der Vorträge, die ich wiederholt in den letzten zwei Jahren über den Oktober 1923 gehalten habe.

Im Rahmen eines Vortrages konnte natürlich nur eine Skizze geboten werden. Ich hoffe, bald Gelegenheit zu haben, eine ausführliche Darstellung vorzulegen.

Berlin, den 15. Februar 1931.

A. Thalheimer.

I. Die Legende von 1923

1. Warum müssen die Fragen von 1923 geklärt werden?

Warum ist es nötig, die Frage des Jahres 1923, die Taktik und Strategie der Partei von damals noch zu klären? Nicht in erster Linie, um die damalige Führung der Partei zu rechtfertigen, zu verteidigen. Das ist kein sehr erhebliches Objekt. Es lohnt sich nicht, darum eine lange Diskussion zu führen. Was Brandler, Thalheimer usw., die damals (neben anderen!) an der Führung der Partei beteiligt waren, für Qualitäten in der Führung bewiesen haben, das ist keine Frage von hervorragender Bedeutung. Der Hauptzweck der Diskussion kann nur der sein, aus den wirklichen Fehlern, die im Jahre 1923 von der Partei gemacht worden sind, die wirklichen Lehren für die proletarische Revolution zu ziehen. Es wird oft wiederholt, daß wir, die damalige Führung der Partei, überhaupt nicht zugeben wollen, daß irgendwie ernsthafte Fehler im Jahre 1923 gemacht worden seien. Das ist absolut nicht der Fall. Eine solche Meinung konnte nur deshalb entstehen, weil eine Reihe zum Teil ausführlicher Erklärungen, die wir in den Jahren 1923, 1924, 1925, 1926 und noch später an das ZK. der Partei gemacht haben, **gar nicht zur Kenntnis der Parteimitglieder gelangt sind,** so daß diese darüber gar nicht informiert sind und glauben müssen, daß wir überhaupt keine Fehler zugeben. So ist die Lage nicht. Aber es handelt sich darum, festzustellen, **welcher Art die Fehler gewesen** und welche **Lehren daraus für die Zukunft** zu ziehen sind? Hier ruht die Hauptbedeutung dieser Frage. Die Ereignisse des Jahres 1923 haben eine **allgemeine Bedeutung** insofern, als die Fragen der Taktik und der Strategie von damals **keine einmaligen** Fragen, sondern **allgemeine Fragen der Taktik und Strategie der proletarischen Revolution darin enthalten** sind. Daraus folgt, daß man über die Fragen der kommunistischen Bewegung in Deutschland nicht zur Klarheit gelangen wird, ehe diese Fragen, die nicht nur Fragen der Vergangenheit sind, restlos geklärt worden sind. Daß sie durch die bisherige Diskussion weder formal noch sachlich geklärt worden sind, wird am besten bewiesen durch die Tatsache, daß die Lehren, die man später in Deutschland aus den Ereignissen dieses Jahres gezogen hat, nämlich die Folgerungen von Ruth Fischer und Maslow: der ultralinke Kurs, nahezu zum Zusammenbruch der Partei geführt haben

Der erste **Offene Brief,** der im Jahre 1925 von der Exekutive der Kommunistischen Internationale an die deutsche Partei gerichtet wurde, stellte die Mißerfolge des ultralinken Kurses der Ruth Fischer und Maslow wohl fest, hütete sich aber, die Legende, die über 1923 erdacht worden war, zu liquidieren und klarzustellen. Es wurde damals erklärt, nicht die Linke habe Bankrott gemacht, sondern einige linke Führer. Und so war es möglich, dem Kurs einige der schlimmsten Spitzen abzubrechen, einige der gröbsten praktischen Dinge zu liquidieren, worauf aber dann ein neuer verschärfter Rückfall in den ultralinken Kurs gefolgt ist. Dieser zweite Rückfall, in dem wir ja noch heute stehen, ist der experimentelle Beweis dafür, daß man ohne wirkliche Klärung der Ereignisse von 1923, also der **Fragen des Weges der proletarischen Revolution in Deutschland,** einen sicheren, klaren und festen Gang der Partei nicht erzielen kann. Die Geschichte läßt sich nicht prellen. Es ist nicht möglich, durch kleine Tricks und Legenden um eine endgültige und klare Abrechnung herumzukommen. Die Rechnung muß vollständig beglichen werden.

2. Worin bestand die linke Oktoberlegende?

Wir fragen nun: Worin bestand die linke Oktoberlegende, auf der der ultralinke Kurs nach 1924 aufgebaut war, und die auch heute noch dazu dient, den ultralinken Kurs aufrechtzuerhalten und die Parteimitglieder abzuschrecken, unseren Argumenten Gehör zu schenken, indem immer wieder auf 1923 hingewiesen wird? Der Inhalt dieser ultralinken Legende läßt sich in wenige Worte zusammenfassen. Der Kern der Sache ist die Behauptung, **daß das Jahr 1923 dem Jahr 1917 in Sowjetrußland gleichzusetzen** sei, das heißt, die Behauptung, objektiv seien 1923 in Deutschland die Bedingungen für die proletarische Revolution ebenso reif gewesen wie 1917 in Rußland. Wenn in Rußland die Revolution siegte, dann dank der Führung der Partei durch das Zentral-Komitee mit Lenin an der Spitze. Wenn in Deutschland der Sieg im Jahre 1923 nicht erfochten wurde, dann aus dem Grunde, daß damals keine solche Partei und keine solche Führung bestand, daß die Führung grobe Fehler gemacht hat, daß sie die revolutionäre Situation „verschlafen", „verpaßt" habe oder sogar Verrat beging. So lautet die linke Legende. Weiter wird hinzugefügt, die damalige Führung der Partei habe im Jahre 1923 Verrat, Versäumnisse und Dummheiten begangen und dadurch die Revolution, die sonst objektiv reif war, vereitelt, weil sie **opportunistisch** eingestellt war. Die Taktik der Führung im Jahre 1923 sei die natürliche und notwendige Folge ihrer opportunistischen Einstellung gewesen, die sie auch in den Jahren zuvor bewiesen habe. Als Kernpunkte dieser „opportunistischen Einstellung" werden folgende hervorgehoben: Erstens die **Taktik der Einheitsfront,** so wie sie die damalige Parteileitung und die Partei mit ihr betrieben haben. Sie wurde für falsch und opportunistisch erklärt. Zum Teil geschah dies direkt, indem man die Einheitsfronttaktik schlechtweg ablehnte, zum Teil in der Form, daß man sagte: Einheitsfronttaktik „von unten" — was man auch darunter verstehen mag — ist erlaubt, Einheitsfront „von oben" ist unerlaubt, weil opportunistisch. Ferner wird gesagt, daß die damalige Leitung der Partei sich vorgestellt habe, daß man in einer **Regierungs-Koalition mit der Sozialdemokratie** die Macht erobern könne. Der Beweis dafür sei die Koalition mit der Sozialdemokratie in **Sachsen** und **Thüringen,** die wir eingegangen

waren. Das dritte opportunistische Verbrechen bestand nach der linken Legende in der Vorstellung, daß man die Gewerkschaften von innen her für die kommunistischen Auffassungen solle erobern können. Die Losung der **Eroberung der Gewerkschaften** wurde im Frühjahr 1924 nach der Niederlage, als die linken Genossen durch das Land gingen, weit und breit für falsch erklärt. Ja, die Dinge gingen so weit, daß in Moskau in einer Konferenz im Januar 1924 von Maslow erklärt wurde, man müsse die Losung der Eroberung der Gewerkschaften **aufgeben** und ersetzen durch die Losung **„Vernichtung der Gewerkschaften“**. Die praktischen Folgerungen, die Maslow und die übrigen Ultralinken aus dieser Einschätzung des opportunistischen Kurses der vorherigen Zentrale gezogen haben, sind folgende: Erstens wurde als Lehre daraus gezogen, daß die Taktik der Einheitsfront aufgegeben werden müsse. Dies geschah unter dem Titel „Einheitsfront von unten“. Unter der Maske der Einheitsfront „von unten“ wurde tatsächlich die Einheitsfront überhaupt aufgegeben. Denn darunter verstand man, daß man überhaupt nicht mehr an proletarische Organisationen, an Gewerkschaften sowie an die unteren Organisationen der Sozialdemokratie herangehen dürfe, sondern die Einheitsfront von unten wurde so aufgefaßt, daß man versuchte, die sozialdemokratischen, christlichen und andere Arbeiter direkt, ohne Berücksichtigung der Tatsache ihrer Organisiertheit, zu gemeinsamen Aktionen mit der Kommunistischen Partei zu gewinnen. Wenn das Einheitsfront ist, so wäre es sehr einfach. Aber das **Besondere** in der Aufgabe der Kommunistischen Partei in Deutschland und einer Reihe anderer Länder besteht doch eben darin, daß in der Arbeiterbewegung zwei Richtungen existieren, und daß es sich um die praktische Lösung der Frage handelt: wie kann man gemeinsame Aktionen der Arbeiterschaft erzielen trotz grundsätzlicher Gegensätze? Wie kann man die Arbeiter in ihren Teilkämpfen zusammenführen? In einer Situation, wo nur eine politische Arbeiterbewegung existiert wie vor dem Kriege, entsteht solch eine Frage überhaupt nicht. Es ist das ein spezifisches Problem der Nachkriegszeit, das man nicht einfach abtun kann, indem man es ignoriert.

Weiter wurde die Folgerung gezogen, man dürfe nur Endlosungen aufstellen. Als allgemeine Losung wurde für die Zeit nach 1924 aufgestellt: „Organisierung der Revolution“, wobei auch das vollkommen falsch verstanden wurde. Am verhängnisvollsten wirkten sich diese ultralinken Folgerungen aus dem Jahre 1923 in der Gewerkschaftsarbeit aus. Ich erwähnte schon, daß Maslow im Januar 1924 in Moskau auf einer Konferenz die **„Vernichtung der Gewerkschaften“** vorschlug. Es ist sehr bezeichnend, daß ein Mann wie T o m s k i, der lange Jahre Führer der russischen Gewerkschaften war, diese Losung **zunächst** annahm. Das zeigt, daß er keine wirkliche Vorstellung von den Kampfbedingungen der Gewerkschaften im Westen hatte. Diese grobe Formulierung wurde nachher korrigiert, aber in den Formulierungen über die Gewerkschaftsfrage blieben dann doch noch solche Schlupflöcher, daß es möglich war, eine geraume Zeit hindurch einen ultralinken Gewerkschaftskurs zu betreiben und auf die Gründung neuer Gewerkschaften hinzusteuern. Eine Handhabe hierfür bot die Formel: „Organisierung der Unorganisierten“. Die Folge war, daß der Einfluß der Partei in den Gewerkschaften, der im Jahre 1923 einen Höhepunkt erreicht hatte, mehr und mehr sank und fast vernichtet wurde.

Eine weitere Folgerung, die man aus 1923 zog, war die, daß erst mit dem Jahre 1924, mit dem Auftreten von Maslow und Ruth Fischer, die „Bolschewisierung“ beginne. Alles, was die Partei bisher getan hatte, und zwar gerade in den stürmischen Revolutionsjahren 1918—1923 und während des Krieges, war nach der linken Legende mehr oder weniger Opportunismus. Jetzt erst beginne die wahrhafte Bolschewisierung. Daraus zog man die weitere Folgerung, daß man die alten Kader der Partei abstoßen müsse, daß die Partei sich hauptsächlich stützen müsse auf die jüngeren Kader, die noch nicht das Unglück gehabt hätten, durch die Schule des Spartakusbundes gegangen zu sein. Diese „Bolschewisierung“ führte zur Errichtung eines Gewaltregiments in der Partei, zur Erstickung jeder freien Diskussion und jeder Kontrolle der Führung durch die Mitglieder. Das galt als „bolschewistisch“, bis der Offene Brief der Exekutive der Kommunistischen Internationale des Jahres 1925 die „Normalisierung des Parteilebens“ verlangte und das Parteiregiment, das Maslow und Ruth Fischer unter Beihilfe und Duldung der Exekutive eingeführt hatten, als eine wahre Karikatur auf das Wesen und die Bedürfnisse einer kommunistischen Partei bezeichnete.

Das sind die **praktischen Wirkungen** der linken Legende über die Ereignisse des Jahres 1923, über die Politik der damaligen Parteiführung und die opportunistischen Sünden, die zu dieser Politik geführt haben. Wenn man solche praktischen Folgerungen vor sich hat, so läßt dies unbedingt darauf schließen, daß die theoretische Grundlage, auf der diese Folgerungen beruhen, nicht haltbar ist.

3. Die Entstehung der linken Oktoberlegende

Wie entstand diese linke Legende? Dafür will ich einige dokumentarische Beweise anführen, einige Tatsachen, die auf die Methoden in der Führung der Kommunistischen Internationale ein Licht werfen. Diese Tatsachen sind bis heute den meisten Genossen entweder unbekannt geblieben oder sie haben sie zum Teil wieder vergessen. Deshalb muß man sie wieder anführen. Da will ich zuerst die Tatsache erwähnen, daß bis in den Dezember 1923 hinein, also noch nach dem Oktoberrückzug von 1923, der damalige Führer der Kommunistischen Internationale, S i n o w j e w, wiederholt mündlich und schriftlich erklärt hat, daß die Taktik, die die KPD. im Jahre 1923 eingeschlagen hat, **im wesentlichen richtig** sei. Diese Ansicht wurde ausdrücklich noch ausgesprochen in einer Reihe von Aufsätzen in der „Prawda“, die dann unter dem Titel **„Probleme der deutschen Revolution“** noch nach dem Oktober in deutscher Sprache veröffentlicht und in Deutschland verbreitet worden sind. Ich will eine Stelle hier anführen. Sinowjew sagt hier über die Taktik, die die Führung der deutschen Partei im Jahre 1923 eingeschlagen hatte, folgendes:

> „Es besteht nicht der geringste Zweifel, daß die deutsche Kommunistische Partei die Einheitsfronttaktik im großen und ganzen mit großem Erfolg angewendet hat. Durch die richtige Anwendung dieser Taktik hat die Kommunistische Partei die Mehrheit der deutschen Arbeiter erobert — ein Erfolg, von dem vor zwei, drei Jahren auch nur zu träumen schwierig war.“ (S. 68.)

Es ist nicht gelungen, im Laufe des Jahres 1923 durch die Taktik der Einheitsfront die Mehrheit der deutschen Arbeiter für den Kampf um die Macht zu erobern. Aber eines ist richtig: ohne die Erfolge, die man durch die Taktik der Einheitsfront erzielt hat, hätte im Jahre 1923 **die Frage der Machteroberung überhaupt nicht gestellt werden können.** Kein

Mensch hätte das wagen können, wenn wir etwa in den Gewerkschaften, im Metallarbeiter- und anderen Verbänden nur den Einfluß gehabt hätten, den die Partei unter Ruth Fischer oder heute in den Gewerkschaften hat. Nur durch die kolossalen Fortschritte, die wir durch diese Taktik gemacht hatten, konnte diese Frage überhaupt gestellt werden. Dann will ich noch einen zweiten Zeugen anführen, der — auch nach dem Oktober 1923 noch — dafür eintrat, daß die Taktik und Strategie, die die damalige Parteiführung eingeschlagen hat, im Grunde richtig war. Dieser Zeuge heißt Hermann Remmele. Die Stelle, die ich hier zitiere, ist entnommen den Ausführungen, die Hermann Remmele in der Sitzung vom 11. Januar 1924 des Exekutiv-Komitees mit den deutschen Genossen gemacht hat. Also, im Januar 1924 hat Hermann Remmele folgende Ausführungen gemacht:

„Ich will darauf verweisen, daß zur Zeit der faschistischen Bewegung nicht etwa nur in Stuttgart, sondern auch in Mitteldeutschland, im Norden, Westen und Osten des Reiches überall die Demonstrationen durchgeführt wurden, trotz der Verbote. Wir haben dann in Thüringen, in Mitteldeutschland im Juli, in den Augusttagen die Verhältnisse gehabt, daß die Arbeiter die Ernährung vollständig in die Hand genommen haben, Lastautomobile beschlagnahmten, auf das Land fuhren, um sich Lebensmittel direkt von den Bauern zu holen, so daß niemand mehr im Zweifel sein konnte, daß man unmittelbar vor großen Ereignissen stand. **Zweifellos war der Cuno-Streik der Höhepunkt der Bewegung, aber nach meiner inneren Ueberzeugung war er auch der Wendepunkt in der Bewegung. Indem die Sozialdemokraten in die Große Koalition eingetreten sind, sind die sozialdemokratischen Arbeiter wieder mit Illusionen erfüllt worden.**

Mitte August ist gewissermaßen durch den Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung ein Abebben der revolutionären Hochflut eingetreten. Wenn wir uns mit den Sozialdemokraten auseinandersetzten, zeigte sich, daß sie neue Hoffnung auf den Eintritt Hilferdings in die Regierung gesetzt hatten. Sozialdemokraten, die spontan in all den Kämpfen bei uns standen, die den Cuno-Streik mitgemacht hatten, **alle diese Massen waren von neuen Illusionen erfüllt worden** . . .

Der Beschluß, daß unsere sächsischen Genossen in die Regierung eintreten sollen, ist allerdings durch Berichte und Darstellungen zustandegekommen, die der Grundlage entbehrt haben. Man hat diesen Beschluß auf Grund der Anschauung gefaßt, daß bereits eine Bewaffnung und Mobilisierung der Partei und der Massen in einem solchen Grad vorhanden ist, daß man eine solche Sache wagen könne. Man hat die Zersetzung des Gegners als viel weiter fortgeschritten angenommen, als sie es tatsächlich war . . . War es richtig, daß wir für einen Entscheidungskampf in dem Stadium, in dem wir uns befanden, rüsten konnten, Termin und Entscheidungsschlacht schon vorbereiten konnten? Die Frage haben wir verneint. Aus der besonderen Struktur Deutschlands und den besonderen Klasssenverhältnissen und Klassenkräften in Deutschland heraus sagten wir, **wir standen noch nicht in dem Stadium, in dem wir den Termin für einen Entscheidungskampf festsetzen konnten.** Wir sagten: ehe diese Entscheidungskämpfe kommen werden, werden wir durch eine Periode einer ganzen Reihe gewaltiger bewaffneter Einzelkämpfe hindurchgehen müssen“ . . .

Man kann diese Stelle finden in der Broschüre „Die Lehren der deutschen Ereignisse“, S. 40—44. Das sagt Hermann Remmele mit den unmittelbaren Erfahrungen des Jahres 1923 bis Januar 1924 hinter sich.

Eine Wendung trat — wie man dokumentarisch nachweisen kann — in der Beurteilung der Taktik der deutschen Partei durch die Exekutive erst im **Dezember** 1923 ein. Erst nachträglich sind wir imstande gewesen, die Ursachen und das Datum dieser Wendung festzustellen. Wie kam diese Wendung zustande? Wie kam es, daß Sinowjew und die Exekutive, die bis dahin die Taktik im wesentlichen anerkannt hatten, eine Wendung um 180 Grad machten? Der Zusammenhang ist folgender: Am 13. Dezember — wenn ich nicht irre — hielt der Gen. Radek in Moskau eine Rede in einer großen Parteiversammlung, in der er in die damals anhebende **Trotzki-Debatte** eingriff und in der er erklärte: Wenn die Mehrheit des russischen ZK. sich gegen Trotzki wendet, so werde nicht nur er, **sondern auch die Führung der deutschen und französischen, d. h. der hauptsächlichsten Parteien im Westen, sich gegen die Mehrheit des Z.K. der russischen Partei wenden.** Das war am 13. Dezember. Einige Tage später sandte Sinowjew einen Brief an die damalige Zentrale der deutschen Partei ab, worin er den Kurs völlig änderte, den heftigsten Angriff gegen sie eröffnete, und wodurch die allgemeine Hetze gegen die damalige Führung eingeleitet wurde. Die eigentliche Ursache dieser Wendung war eine **Panik,** die in der Führung der russischen Partei, vor allem durch Sinowjew, verursacht wurde, und zwar dadurch, daß sie der Behauptung Radeks aufs Wort glaubten, daß sich die deutsche Parteileitung hinter Trotzki und gegen die Mehrheit der russischen Parteileitung stellen würde. Das war die Ursache der Wendung. Mit irgendwelchen Vorkommnissen in Deutschland oder in Frankreich oder in der Komintern als solcher hatte diese Geschichte gar nichts zu tun. Es war einfach die **Folge eines Manövers im innerrussischen Fraktionskampf.** Von dieser Rede Radeks erfuhren wir erst sehr viel später. Die Kampagne, das Trommelfeuer, waren in vollem Gange, Maslow usw. waren längst losgelassen, als wir — zur Zeit des 5. Kongresses — in Moskau von der eigentlichen Ursache dieser Wendung erfuhren. Das Eigentümliche dabei ist, daß diese Behauptung von Radek frei erfunden war. Niemand hatte ihn ermächtigt, zu sagen, daß wir an Trotzkis Seite kämpfen würden, wenn er angegriffen würde. Wir sagten zuerst, als wir die Nachricht von den Auseinandersetzungen mit Trotzki bekamen: ehe wir ein Urteil abgeben, müssen wir die Tatsachen kennen, die dem Streit zugrunde liegen. Sobald darüber etwas bekannt war, schrieb ich in der „Internationale“ einen Artikel, der sich **gegen die Auffassungen Trotzkis wandte.** Es war also nicht einmal die wirkliche Stellungnahme unsererseits im innerrussischen Fraktionskampf, die die Wendung verursachte, sondern nur die Fiktion einer solchen Stellungnahme.

4. Der Höhepunkt der Oktoberlegende

Der erwähnte Uriasbrief von Sinowjew leitete nach Radeks Rede diese Wendung ein. Kennzeichnend war weiter die Tatsache, daß bei den Verhandlungen in Moskau von Clara Zetkin und Wilhelm Pieck die Frage gestellt wurde, man solle sich offiziell von der Leitung der Exekutive erklären, wie man zur Frage des **Rückzuges im Oktober** 1923 stehe, ob er richtig gewesen oder nicht? Vorher hatte das Präsidium immer behauptet, er war richtig. Jetzt begann Sinowjew sich zu drücken. Er weigerte sich, trotz wiederholter Anfragen, darüber irgend etwas schriftlich

festzulegen. Das hatte natürlich zur Folge, daß der ultralinken Legende freie Bahn gegeben war. Es konnte jetzt, ohne mit offiziellen Beschlüssen in Widerspruch zu geraten, von Maslow behauptet werden, dieser Rückzug war falsch, war Verrat, hat die Revolution ins Verderben geführt. Diese Folgerung wurde auch in der gröbsten und sinnlosesten Weise von Maslow und Ruth Fischer gezogen. In einer Resolution vom 6. März 1924, die auf dem Bezirksparteitag Rheinland-Westfalen in Gegenwart Ruth Fischers eingebracht wurde, heißt es über diesen Punkt:

„Die Konferenz erklärt, daß im Oktober vorigen Jahres der revolutionäre Entscheidungskampf historisch notwendig war. Weder das Ausweichen vor dem Kampf, noch das Ersetzen des Endkampfes durch sogenannte Rückzugsgefechte, Teilaktionen oder ähnliches war zulässig."

Man muß sich wundern, wenn man diese Dinge mit kaltem Blut liest, wie eine Parteimehrheit, wie eine Exekutive solche vollkommenen Absurditäten annehmen konnte. Es wird hier gesagt: Der Kampf, der Entscheidungskampf war absolut unvorbereitet, und trotzdem mußte die Entscheidung im Oktober gesucht werden. — Eine solche Behauptung ist doch direkt widersinnig, aber sie wurde glatt geschluckt. Das war in Deutschland der Höhepunkt der Oktoberlegende. Ihren Höhepunkt in **Rußland** erreichte sie in einer Reihe von Reden T r o t z k i s. Eine dieser Reden hielt er z. B. in **Tiflis.** Seine Absicht dabei war nicht, die Mehrheit der damaligen Führung der deutschen Partei zu treffen, sondern er wollte folgenden Beweis führen: 1923 ist die Revolution in Deutschland nicht siegreich gewesen, weil an der Spitze der Kommunistischen Internationale nicht Lenin gestanden hat, sondern der Opportunist Sinowjew. Er wollte also Sinowjew treffen, der damals der heftigste Gegner von Trotzki war, der mit Kamenew und Stalin den Hauptkampf gegen Trotzki führte. Trotzki gab danach in diesem Streit eine Schrift heraus: **„Die Lehren des Oktober",** worin er seine Ansicht ausführlich niederlegte, zunächst über den Oktober 1917 in Rußland und dann auch über den Oktober 1923 in Deutschland. Und hier kann man die Oktoberlegende in ihrer schroffsten und, wenn man will, klassischen Form finden. Die Sätze, die hier in Betracht kommen, sind folgende:

„Punkt 2. Deutschland. Noch interessanter ist die Frage der Niederlage des deutschen Proletariats im Oktober vorigen Jahres. Wir hatten dort in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres eine **klassische** Demonstration der Tatsache gesehen, daß eine ganz **außerordentlich günstige revolutionäre Situation** von welthistorischer Bedeutung verpaßt werden kann."

Das war also die Lehre. Eine außerordentlich günstige revolutionäre Situation, die verpaßt worden ist durch die Führung, und zwar war es für Trotzki in erster Linie die Führung der Komintern, die dafür in Betracht kam.

5. Der Beginn der Revision der Oktoberlegende

Aber hier, an diesem Punkt, setzt nun auch eine Wendung ein in der Auffassung und in den Behauptungen der offiziellen Instanzen in Rußland sowie in Deutschland. Denn jetzt galt es, Trotzki gegenüber zu beweisen, daß sowohl seine Auffassung des Oktober 1917 in Rußland als auch des Oktober 1923 in Deutschland, wie sie von Trotzki vorgebracht worden ist, falsch seien, und man begann jetzt erst, sich um die Frage etwas zu kümmern, welches denn die **objektiven Bedingungen im Jahre 1923 in Deutschland** gewesen sind, ob wirklich die Behauptung richtig war, die Maslow verbreitet, die Sinowjew geduldet und die Trotzki zugespitzt hatte, daß objektiv im Jahre 1923 in Deutschland alle Bedingungen für die Revolution vorhanden waren wie im Oktober 1917 in Rußland. Und so begann jetzt von offizieller Seite die Revision dieser Auffassung, die Revision der linken Oktoberlegende. Ich will hier einige besonders charakteristische Stellen, durchaus nicht das Ganze, anführen. Ich erwähne zunächst einige Ausführungen des Gen. B u c h a r i n aus einem Aufsatz über die „Lehren des Oktober" im Feuilleton der „Prawda" (Datum):

„Nach Auffassung des Genossen Trotzki bestand also hier der Fehler, daß ein „klassischer" Moment verpaßt wurde. Es war notwendig, um jeden Preis den entscheidenden Kampf aufzunehmen, und der Sieg wäre unser gewesen. Hier zieht Genosse Trotzki eine **volle Analyse mit dem Oktober in Rußland.** Dort wie hier wurde vorgeschrieben. Dort entschloß man sich unter dem Drucke Lenins zur Aktion und siegte. Ohne den Druck Lenins — entschloß man sich nicht und verpaßte den geeigneten Augenblick. Jetzt aber, unter dem Einfluß der russischen Oktoberrevolution, erklärt man, daß die Kräfte für den entscheidenden Kampf ungenügend waren. Das ist das Schema der deutschen Ereignisse beim Genossen Trotzki.

Aber auch hier bei der Einschätzung von 1924 hatten wir ein Reich der Schematisierung und das traurigste Reich grauer Abstraktion vor uns. Genosse Trotzki stellt dar, wie die Geschichte geschrieben worden wäre, wenn im russischen Z.K. die Gegner des Aufstandes die Mehrheit gewesen wäre; es hieße dann, daß die Kräfte zu gering wären, daß der Feind schrecklich stark war usw.

All das ist nur äußerlich überzeugend; ja, wahrscheinlich würde man die Geschichte in dieser Weise schreiben, das ist aber keinesfalls ein Beweis dafür, daß **die Kräfte der deutschen Revolution im Oktober 1923 verschätzt wurden. Falsch ist namentlich, daß der Moment ein „klassischer" war. Denn die Sozialdemokratie erwies sich als viel stärker,** als wir dachten. Eine Analogie mit dem russischen Oktober ist hier überhaupt wenig am Platze. In Deutschland gab es keine bewaffneten Soldaten, die für die Revolution waren. Wir konnten nicht die Parole „Frieden" herausgeben. Es gab keine bäuerliche Agrarbewegung. Es gab keine solche Partei wie die unsrige. Aber abgesehen von allem, erwies es sich, daß die Sozialdemokratie sich noch nicht überlebt hat, diese konkreten Tatsachen waren also zu widerlegen. **Zur Zeit der entscheidenden Ereignisse erklärte sich das EKKI. für die Oktoberlinie.** (Von Bucharin unterstrichen.) Nun, da diese Kraft der objektiven Verhältnisse einen Nichterfolg erlitt und als Kraft der rechten Führung der Mißerfolg „größer als notwendig war", gibt jetzt Genosse Trotzki, der gerade den rechten opportunistischen zur Kapitulation neigenden Flügel unterstützt, und die Linken wiederholt bekämpft hat, eine „tiefsinnige" theoretische Grundlage seiner Konzeption, holt damit zum Schlage gegen die führenden Kreise der KI. aus.

Ganz unzulässig ist es aber, an manchen Fehlern festzuhalten, an denen Genosse Trotzki auch jetzt noch festhält. An den Lehren (den tatsächlichen Lehren) des deutschen Oktober ist, daß vor der Aktion das große Inschwungsetzen der Massen notwendig ist. Diese Arbeit ist aber stark zurückgeblieben. In Hamburg z. B. gab es während des Aufstandes keine Räte, und unsere Parteiorganisation war nicht im-

stande, die Zehntausende von Streikenden in den Kampf hineinzuziehen. In ganz Deutschland fehlten die Sowjets. In der Auffassung des Genossen Trotzki war es ja richtig, wenn die Sowjets durch die Betriebsräte „ersetzt" würden. In Wirklichkeit konnten die Betriebsräte aber nicht ersetzen, da sie nicht die gesamte Masse, einschließlich der rückständigsten, indifferentesten so zusammenschlossen, wie es die Sowjets in kritischen und gespannten Momenten des Klassenkampfes taten."

So schrieb Bucharin gegen Trotzki im Jahre 1925; und wohlgemerkt, es war der Bucharin, der damals mit der Mehrheit des Politbüros, mit der Mehrheit der Zentrale der russischen Partei den Kampf gegen Trotzki führte. Dann griff hier auch Kuusinen ein, der heutige Sekretär der Komintern. Es griff ferner ein Krupskaja, die Frau des Gen. Lenin, und schließlich griff auch Stalin in die Debatte über die Revision der linken Oktoberlegende ein. Kuusinen sagte in einem Aufsatz gegen Trotzki:

„Man muß hier hinzufügen, solche Momente wie das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein einer Millionenarmee auf der Seite der Revolution wurden nicht nur von Trotzki, sondern auch von Maslow und den anderen Genossen außer acht gelassen."

Krupskaja sagte gegen Trotzki:

„Genosse Trotzki will, daß der Oktober studiert werde. Er will jedoch die Rolle der Einzelpersonen und der Strömungen im Zentralkomitee studieren. Aber nicht dies muß studiert werden, **sondern die internationale Lage in den Oktobertagen sowie das damalige** Kräfteverhältnis der Klassen. Diese Frage übersieht Trotzki. Deshalb unterschätzt er die Rolle des Bauerntums. Ferner muß die Partei zur Zeit des Oktobers studiert werden. Trotzki schreibt viel über die Partei, **verwechselt jedoch die Partei mit dem Führerstabe.** Die Parteiführung, organisatorisch losgelöst von der Partei, hatte nicht zu siegen vermocht.

Genosse Trotzki versteht nicht die Rolle der Partei im ganzen und auch nicht die Rolle der Geschlossenheit der Partei. Für ihn ist die Partei eben gleichbedeutend mit dem Führerstabe. Auch jetzt meint Genosse Trotzki, daß die Bolschewisierung in der Auslese des entsprechenden Führerstabes bestehe. Solch ein rein administrativer Standpunkt ist unrichtig. **Richtiger ist die Einschätzung der Rolle und der Bedutung der Massen, wie dies die Bolschewiki im Oktober** gemacht haben. Trotzki vergißt diese Seite der Frage.

Bei der Einschätzung der deutschen Ereignisse unterschätzt Genosse Trotzki die Passivität der Massen."

Die Genossin Krupskaja betont hier auch die objektiven Umstände, den Zustand der Klassenkräfte im Oktober 1923 und sagt, daß diese zu untersuchen und festzustellen das Entscheidende sei und nicht die subjektiven Faktoren, auf die Trotzki sich stützt. Zuletzt will ich noch eine Aeußerung von Stalin anführen, die nicht unmittelbar, aber doch in engster Verbindung damit steht, und die er dem Gen. Wilhelm Hertzog gegenüber machte, der ihn nach den Bedingungen des Sieges der proletarischen Revolution in Deutschland fragte. Was Stalin damals sagte, wirft ein sehr klares Licht auf die Art, wie die Frage über das Jahr 1923 richtig gestellt werden muß, und auf die Frage, welches die Bedingungen für den Sieg der proletarischen Revolution in einem Lande wie Deutschland überhaupt sind. Stalin sagte:

„Dieser Umstand ist nicht die einzig günstige Bedingung der deutschen Revolution. Zum Siege dieser Revolution ist es außerdem unbedingt notwendig, daß die Kommunistische Partei die Mehrheit der Arbeiterklasse vertrete, daß die Kommunistische Partei die entscheidende Kraft in der Arbeiterklasse werde. Es ist unbedingt notwendig, daß die Sozialdemokratie zerschlagen und entlarvt, **daß sie zur nichtigen Minderheit in der Arbeiterklasse herabgedrückt werde. Ohne dieses ist die Diktatur des Proletariats undenkbar.** Damit die Arbeiter siegen können, muß sie **ein Wille** begeistern, und die Arbeitermassen müssen von **einer** Partei geführt werden, **die das unbestrittene Vertrauen der Arbeiterklasse besitzt. Wenn innerhalb der Arbeiterklasse zwei konkurrierende Parteien von gleicher Stärke vorhanden sind,** so ist ein bleibender fester Sieg, selbst bei sonst günstigen Bedingungen, unmöglich. **Lenin bestand als erster besonders hierauf in der Periode vor der Oktober-Revolution als auf die notwendigste Vorbedingung des Sieges des Proletariats."**

Was Stalin hier sagt, bedeutet, daß ein dauernder, fester Sieg der Kommunistischen Partei und der proletarischen Revolution nur möglich ist, wenn die Sozialdemokratische Partei bereits zu einer nichtigen Minderheit herabgedrückt sein wird, wenn die große Masse der Arbeiter bereits **einheitlich** der kommunistischen Führung folgt. Wenn man diese Frage stellt in bezug auf das Jahr 1923, wenn man sie auch nur oberflächlich prüft, ob es zutrifft, daß damals, 1923, der Einfluß der Sozialdemokratischen Partei bereits zu einem nichtigen Faktor herabgedrückt worden sei, so muß man das unbedingt verneinen. Dies war durchaus nicht der Fall.

Damit war die Revision der linken Oktoberlegende **eingeleitet.** Sie wurde aber nicht zu Ende geführt, und deshalb müssen wir gerade die Frage behandeln, die eben von der Genossin **Krupskaja** ganz richtig gestellt wurde: die Frage der **objektiven Klassenkräfte,** die Frage des direkten Machtverhältnisses zwischen KPD. und SPD., die Frage der wirklichen Machtfaktoren.

II. Die Klassenkräfte 1917 in Rußland verglichen mit 1923 in Deutschland

Prüfen wir zuerst in großen Linien die Frage: Kann man die objektive Lage im Jahre 1923 in Deutschland gleichsetzen der objektiven Lage im Jahre 1917 in Rußland, in dem Sinne, daß objektiv die Situation für die Revolution gleich vorbereitet war? Wenn man den Hauptfaktoren, den Triebkräften der Oktoberrevolution von 1917 in Rußland die Tatsachen gegenüberstellt, wie sie 1923 in Deutschland bestanden, so ergeben sich **grundlegende Unterschiede.** Welches waren die Hauptfaktoren, die 1917 in Rußland die Oktoberrevolution begünstigten?

Zuerst die **Kriegsfrage:** Die große Masse der Arbeiter und Bauern wollte den Frieden, den Abschluß des imperialistischen Krieges. Es gab in Rußland keine Partei, die bereit war, den Frieden zu erzwingen, den imperialistischen Krieg abzubrechen, das Bündnis mit der Entente aufzugeben, als die bolschewistische Partei. Es war bald klar, daß die Bolschewiki die einzigen waren, die für den Frieden waren. Dies war für sie ein gewaltiger Auftrieb. Die Millionenmasse der Arbeiter und Bauern stellte sich hinter die Forderung des Friedens, und sie mußte sich hinter

die Bolschewiki stellen, als sich herausstellte, daß außer ihnen keine einzige politische Kraft da war, die diese Forderung durchfechten wollte.

Zweitens: die **Landfrage.** Die Bauern wollten das Land der Grundbesitzer. Da waren die Sozialrevolutionäre, die jahrelang vorher den Bauern das Land versprochen hatten. Aber als die Bauern nicht auf die Konstituante warteten und damit anfingen, die Grundbesitzer zu verjagen, ihr Land in Besitz nahmen, ihr Land pflügten, da wandte sich alles gegen die Bauern. Kerenski schickte militärische Hilfsexpeditionen aus, die das Land wieder besetzen sollten. Allein die Bolschewiki waren es, die den Standpunkt der Bauern vertraten, die sagten, daß es richtig sei, sofort das Land zu besetzen und die Bauern darin zu unterstützen. Die Bauern, das ist aber die ungeheure Mehrheit des russischen Volkes, die hier ihre Interessen durch die Bolschewiki vertreten sah.

Dann die **Arbeiter.** Im Jahre 1917 war in Rußland der Zustand eingetreten, daß die Lebensmittelversorgung der Städte versagte. Betriebe wurden stillgelegt, um die Macht der Arbeiterräte zu brechen. Aus dieser Lage heraus, nicht aus theoretischen Erwägungen, sondern aus dieser Notlage, erwuchs in der russischen Arbeiterschaft der Gedanke: Wir selber wollen die Betriebe weiterführen, sie mit Rohstoffen versorgen. Es entwickelte sich der Gedanke der „Arbeiterkontrolle der Produktion". Der Kampf darum entwickelte sich logisch weiter zu der Forderung, daß man den Unternehmern die Betriebe wegnehmen müsse. Aber auch dieser Gedanke der Enteignung der kapitalistischen Unternehmer wurde allein vertreten von den Bolschewiki.

Eine weitere Triebkraft der Oktoberrevolution war die **nationale Frage.** Auch hier waren es allein die Bolschewiki, die den Gedanken der völligen nationalen Selbstbestimmung vertraten bis zur Loslösung von den Großrussen. Alle anderen Parteien, die vorher den Gedanken der nationalen Befreiung vertreten hatten, wandten sich dagegen, als er durchgeführt werden sollte, als z. B. die Finnen sich loslösen wollten. Nur die Bolschewiki waren darin konsequent. Ein nicht nebensächlicher Umstand ist auch die Tatsache, daß in Rußland im Jahre 1917 die Armee der allgemeinen Wehrpflicht bestand, eine Armee, deren ungeheure Mehrheit Bauern und Arbeiter waren, eine Armee, die das Land wollte, das Land der Großgrundbesitzer, die den Frieden wollte, die sich in ihren entscheidenden, ausschlaggebenden Teilen zu den Bolschewiki schlug. So war die Frage der Macht, die Frage der proletarischen Revolution in Rußland leicht zu lösen dadurch, daß die entscheidenden militärischen Kräfte in Petersburg, Moskau und anderen Zentren sich auf die Seite der Bolschewiki stellten. — Das Problem des Jahres 1923, wie es damals vor uns stand, und wie es heute wieder vor uns steht, das Problem der Bewaffnung der Arbeiter, bestand 1917 in dieser Weise in Rußland überhaupt nicht. Die entscheidenden Regimenter in Petersburg gingen über zu den Bolschewiki. Der bewaffnete Kampf in Leningrad 1917 war sehr leicht. In Moskau war er schwerer. Letzten Endes bewirkte die Tatsache, daß die entscheidenden militärischen Kräfte, die große Mehrheit der Bewaffneten hinter den Bolschewiki standen, daß die Oktoberrevolution 1917 in Rußland sehr leicht gesiegt hat. Lenin ist nicht müde geworden, zu betonen, wie leicht der Oktobersieg in Rußland war. Wiederholt betonte er, wie die Revolution im Triumph über das Land zog, wie sie in wenigen Wochen und Monaten alles hinwegfegte, weil die

große Mehrheit des Volkes dahinterstand. Das zeigte sich besonders, als die fremden Mächte auftraten und die konterrevolutionären Kräfte in Rußland stützten und organisierten.

Das Bild der Triebkräfte der Revolution in Deutschland im Jahre 1923, wenn man es im einzelnen durchsieht, ist ein ganz anderes. Die erste Frage, die Kriegsfrage: 1917 konnten die Bolschewiki in Rußland auftreten als die Friedenspartei, als die Partei, die den Massen den Frieden bringen wollte. Aber wie war es 1923? Zwar hatte man keinen wirklichen blutigen Krieg wie 1917. Der Ruhrkrieg war nur in Worten ein Krieg. England und Frankreich waren bewaffnet, aber Deutschland beschränkte sich auf den passiven Widerstand. Aber dieser Ruhrkrieg drückte auf die Bevölkerung, sie wurde ihn müde, und es spielte eine bedeutende Rolle in der Entwicklung der Kräfte, wer den Abbruch dieses Kampfes herbeiführte. Nicht wir, sondern die Bourgeoisie, die die weitere Gefahr des Ruhrkampfes voraussah, brach ihn ab und erzielte eine Verständigung mit den französischen Kapitalisten. Weiter die Frage der internationalen Situation 1923 und 1917. 1917 in Rußland war die Lage die, daß die Kräfte der Revolution sich ungehemmt von irgendwelchen äußeren Kräften entwickeln konnten. Der deutsche Imperialismus? Die Mittelmächte erblickten in der bolschewistischen Revolution eine Hilfe für ihre Zwecke. Die Entente hatte keine Möglichkeit, einzugreifen. In Deutschland 1923 war die internationale Situation ganz anders. Damals waren es vor allen Dingen **England** und **Amerika,** die ein direktes und indirektes Interesse daran hatten, die deutsche Bourgeoisie gegen eine herannahende Revolution zu stützen. England hatte das Interesse daran, Frankreich ein starkes bürgerliches Deutschland entgegenzustellen. Amerika hatte das Interesse, die Gelder, die es bereits in Deutschland angelegt hatte, zu stützen und nicht verlorengehen zu lassen. Amerika mußte vor allen Dingen befürchten, daß eine siegreiche proletarische Revolution in Deutschland im Herbst 1923 eine ernsthafte Gefahr für die ganze bürgerliche Gesellschaft Europas bedeutete. So griffen England und Amerika zugunsten der Bourgeoisie in Deutschland und gegen die proletarische Revolution ein. Die Tatsachen, die hier in Betracht kommen, werde ich nachher ergänzend aufzählen. Die wichtigste wirtschaftliche Triebkraft der Revolution, der Hauptkrisenfaktor im Jahre 1923, war die **Inflation,** die Geldentwertung. Diese hatte Zustände herbeigeführt, die eine wachsende Erregung in der Bevölkerung hervorgebracht hatten. Dieser wirtschaftliche Krisenfaktor wurde aber in Deutschland von der Bourgeoisie selbst liquidiert. Sie führte die Stabilisierung der Valuta durch. Sie machte in diesem Punkte solche Zugeständnisse, daß sie dadurch die Kräfte der Revolution schwächte, indem sie innerhalb der Arbeiterklasse eine Spaltung hervorrief zwischen den Kräften, die bereit waren, den Kampf um die Macht aufzunehmen, und den Kräften, die um bestimmter kleiner Zugeständnisse willen, um der Erleichterung der augenblicklichen Situation willen geneigt waren, auf den Kampf um die Macht zu verzichten. Durch diese Zugeständnisse in der Frage der Inflation und in der Frage des Ruhrkampfes wurde die Arbeiterklasse in Deutschland gespalten, und gelang es der Kommunistischen Partei nicht, die Mehrheit so hinter sich zu bringen, wie es den Bolschewiki 1917 in Rußland gelungen ist. Dann die Frage der bewaffneten Kräfte. Auch damit stand es 1923 ganz anders als 1917 in Rußland. Wir hatten keine allgemeine Wehrpflicht in Deutschland, sondern die Reichswehr, die nicht nur ihrer Größe, sondern vor allen Dingen ihrer

Klassenzusammensetzung nach ganz anders beschaffen war. 1917 in Rußland wurde die Hauptmasse der Armee gestellt von Bauernsöhnen. Die Reichswehr aber war gebildet von sozial rückständigen Elementen in der Mannschaft und von zuverlässigen Reaktionären und Konterrevolutionären in der Führung. Es kann keine Rede davon sein, daß die Zusammensetzung der Reichswehr die wirkliche Zusammensetzung der Klassen im ganzen Lande widerspiegelt. Die Reichswehr ist eine im reaktionären Sinne auserlesene Klassenarmee. Wie war die Reichswehr 1923? Sie stand fest und sie blieb fest in der Hand ihrer Führung. Zwar hatten wir eine Reihe von Nachrichten erhalten, daß es zahlreiche Zersetzungserscheinungen in der Reichswehr gebe, und darum stützen sich noch heute die Erwartungen mancher Genossen auf die Reichswehr. Später haben wir aber erfahren, daß diese Nachrichten uns planmäßig von der Reichswehrleitung in die Hände gespielt wurden, um falsche Vorstellungen bei uns zu erwecken. Die bäuerlichen Massen spielten 1923 zahlenmäßig natürlich nicht die Rolle, die sie in Rußland gespielt hatten und heute noch spielen. Und zwar hängt das sehr eng zusammen mit der Inflation und ihren Wirkungen auf die Bauernschaft oder auf größere Teile der Bauernschaft. Die Inflation hatte auf die Bauernschaft so gewirkt, daß sie sich in ihrer Mehrzahl besser stand als vorher. Sie hatte zumeist die Inflation dazu benutzt, um die Hypothekenschulden loszuwerden, die ja durch die Inflation zu lächerlich geringen Summen wurden. Ein zweiter Faktor, der die Bauern während der Inflation förderte, war, daß die Industriepreise in einem viel größeren Maßstab gesunken waren als die der landwirtschaftlichen Produkte. Das war die Preisschere zugunsten der Bauern. Es kann keine Rede davon sein, daß die Masse der Bauernschaft in Deutschland etwa im Gefolge der Inflation im Jahre 1923 revolutionär eingestellt gewesen sei. Sie kam in Erregung im Juli und August, als die Inflation solche Ausmaße annahm, daß die Lebensmittelzufuhr nach den Städten stockte, war aber wieder befriedigt, als die Stabilisierung eingeführt wurde.

Wenn man also Punkt für Punkt die entscheidenden Momente heraushebt, die 1917 in Rußland und 1923 in Deutschland zur Revolution trieben, so sieht man, daß im wesentlichen die Verhältnisse in den beiden Jahren grundverschieden waren, daß alle die entscheidenden Faktoren, die 1917 in Rußland zur Gewinnung der Mehrheit der Bevölkerung führten, in Deutschland nicht vorhanden waren.

III. Die wirkliche Geschichte von 1923

1. Die Wirkung der Ruhrbesetzung

Nach dieser allgemeinen Uebersicht über die Triebkräfte der Revolution 1917 in Rußland und 1923 in Deutschland komme ich zu einer kurzen Schilderung der Hauptereignisse des Jahres 1923. Das ist um so notwendiger, weil in der Partei niemand während der ganzen Diskussion sich die Mühe genommen hat, die wirtschaftlichen Zustände im Jahre 1923, den objektiven Gang der Ereignisse irgendwie klarzustellen und weil auch in den Jahren nachher niemand auf diese Dinge zurückgekommen ist. Zunächst die Frage: Wie wirkte sich die Ruhrbesetzung und die Inflation bis zum August aus? Da muß man vor allen Dingen feststellen, daß beide

sehr verschieden wirkten im besetzten und im unbesetzten Gebiet. Deutschland war faktisch in zwei Teile gespalten mit entgegengesetzten politischen und ökonomischen Verhältnissen. **Im besetzten Gebiet:** Die ganze Schwerindustrie lag still infolge des passiven Widerstandes. Das war aber ein Zustand ganz außergewöhnlicher Art. Die Arbeiter streikten, aber mit Zustimmung der deutschen Unternehmer. Sie wurden als Patrioten gefeiert wegen dieser Bestreikung der Gruben, Hütten usw. Nicht nur das: sie wurden bezahlt für die Zeit, in der sie streikten. Das ist natürlich kein Zustand, der eine besondere revolutionäre Triebkraft auslöst: Streiken und gleichzeitig Streikbezahlung durch die Bourgeoisie und dazu noch als Patrioten zu gelten!

Die Lage im übrigen Deutschland war so, daß die wachsende Inflation weiter einen steigenden Druck auf die Löhne ausgeübt hat. Der Reallohn sank, aber andererseits ersieht man aus den Daten der Zeit, daß die Arbeitslosigkeit bis August 1923 unter dem Durchschnitt normaler Jahre vor dem Kriege war. Das unbesetzte Deutschland trieb eine sehr rege Produktion, die angetrieben wurde durch die Exportprämie, die die Inflation gab. Diese rege Produktion wurde vor allen Dingen dadurch ermöglicht, daß von außen die Kohle hereinkam, die das Ruhrgebiet nicht liefert, durch den massenhaften Import englischer Kohle nach Deutschland. Deutschland trieb Schleuderexport. Ich will die Einzelheiten nicht anführen, aber man kann feststellen, daß bei einer Reihe von Waren die Ausfuhr im Jahre 1923 größer war als im Jahre 1922. Es fand eine gewaltige Kapitalakkumulation statt während dieser Zeit. Die Löhne wurden unter den Wert gesenkt. Die Reduktion der Reallöhne auf Bruchteile „normaler“ Löhne steigerte täglich die Verelendung und Not der Arbeiterklasse.

Was die Bauernschaft anbelangt, so machte sie in der Zeit bis Juli-August durch die Inflation ein glänzendes Geschäft, stieß ihre Schulden ab, erwarb sich Inventar, Möbel usw. Die Steuern verschwanden durch die Inflation so gut wie ganz. Unter starkem Druck stand während dieser Zeit außer der Arbeiterklasse eigentlich nur das städtische Kleinbürgertum, das durch die Inflation riesige Verluste erlitt. Das sind die wichtigsten der objektiven Wirkungen.

2. Die Aktion der Partei bis zum Cuno-Streik

Was tat die Partei? Sie gab in dieser Situation eine Reihe von Teillosungen, von Teilforderungen heraus, von denen ich erwähne die Losung der Abwälzung der Lasten des Ruhrkampfes auf die Bourgeoisie, der Erfassung der Sachwerte, der Kontrolle der Produktion, der Bildung von Kontrollausschüssen für die Warenpreise, die auch zustandekamen, die Losung der Arbeiter-Hundertschaften und als zusammenfassende Losung die der Arbeiterregierung, die, gestützt auf ihre eigenen Klassenorgane, die Arbeiterforderungen durchführen sollte. Für das unbesetzte Gebiet gab die Partei 10 Punkte heraus über die Einteilung der Ruhrkohle, Sechsstundenschicht, Teuerungszulage, eine Zwangsanleihe von der Bourgeoisie. Von diesen Losungen schlug wirklich ein im Ruhrgebiet nur die Losung der Abwehr-Hundertschaften. Diese schlug so ein, daß die Hundertschaften mit großer Schnelligkeit aus dem Boden herausgewachsen sind. Die Partei

visierte auf den Machtkampf. Und sie bereitete ihn **richtig** vor durch der Sachlage entsprechende Teillosungen, Uebergangslosungen und Teilkämpfe. Sie sah allerdings ab von Abenteuern, wie die von den Linken vorgeschlagene Besetzung der Betriebe im Ruhrgebiet unter den französischen Bajonetten eines gewesen wäre.

So entwickelten sich die Dinge bis zum Cuno-Streik. Dieser war **der Höhepunkt der Massenbewegung im Jahre 1923.** Die Partei hatte damals die Illusion, als ob der Cuno-Streik von ihr eingeleitet und geführt worden sei. Wenn man die Dinge nachprüft, so sieht man, daß die Hauptursache des Cuno-Streiks gewesen war die Stockung der Lebensmittelzufuhr, die durch die Beschleunigung der Inflation hervorgebracht worden war.

Wie wenig im Cuno-Streik die Arbeiterklasse bereit war, unmittelbar um die Macht zu kämpfen, das zeigt der Umstand, daß einige verhältnismäßig kleine Maßregeln genügten, um den Streik zum Abschluß zu bringen und die Bewegung zurückzudämmen. Die Folge des Cuno-Streiks war die Bildung der Großen Koalition, der Eintritt der SPD. in die Regierung. Und, wie Remmele im Januar 1924 richtig sagte, erweckte dieser Eintritt der SPD. in die Regierung in der Arbeiterschaft neue Illusionen. Sie wurden gestützt durch eine Reihe von Maßnahmen, die die unmittelbaren Nöte der Arbeiterschaft beheben sollten. Man schaffte zunächst Lebensmittel herbei. Man sorgte für die Zufuhr von Fetten. Eine Hauptmaßnahme, die man ergriff, war, daß man anfing, **„Goldlöhne“** einzuführen.

3. Der spekulative Aktionsplan der Komintern

Ich wende mich nun zur Komintern und zur Beurteilung ihres Eingreifens. Man hat der damaligen Leitung der deutschen Partei vorgeworfen, sie habe gar nicht die Möglichkeit in Betracht gezogen, daß die Ruhrbesetzung revolutionäre Wirkungen haben könne. Sie habe nicht von vornherein die Eroberung der Macht ins Auge gefaßt, nicht die „Machtfrage aufgerollt“, wie Ruth Fischer sagte. Wir haben natürlich sehr wohl bereits im Januar die Möglichkeit einer revolutionären Entwicklung aus der Ruhrbesetzung gesehen, aber auch eine andere Möglichkeit, nämlich die eines Kompromisses zwischen deutschen und französischen Kapitalisten, zu dem es dann auch gekommen ist. Das hat vor allem auch Radek in der „Roten Fahne“ gesagt. Es ist sehr interessant, wenn man heute zurücksieht auf die Haltung der Exekutive, festzustellen, daß diese durchaus nicht mit dem übereinstimmt, was die Vertreter der Linien-Legende für das Richtige halten. Sie hat absolut nicht im Januar, nicht einmal im Juni den revolutionären Machtkampf ins Auge gefaßt. Im Juni war eine **Plenarsitzung der Exekutive.** Dabei war mit keinem Worte die Rede von einem bevorstehenden revolutionären Kampf in Deutschland. Im Mittelpunkt dieser Tagung stand die Frage der **russisch-englischen Spannung,** über die damals R a d e k offiziell referierte, die Frage der wachsenden Kriegsgefahr zwischen Sowjet-Rußland und England. Der Vorsitzende der Kommunistischen Internationale, S i n o w j e w, hielt ein Referat über die **Frage der Einheitsfronttaktik.** Auch ihm fiel es nicht etwa ein, die Frage des Machtkampfes als unmittelbar bevorstehend zu betrachten. So wurde noch im Juni 1923 die Lage durch die Komintern betrachtet. Aufgescheucht wurde die Leitung der russischen Partei und der Komintern erst durch den **Aufruf der Zentrale** vom 11. Juli zum Antifaschistentag und die Kampagne der KPD. für den Antifaschistentag am 29. Juli, durch den in der bürgerlichen Presse in Deutschland die Frage der Diktatur aufgerollt wurde und bei dem die Führung der deutschen Partei die Frage der Bewaffnung der Arbeiterschaft aufwarf. Die Frage des bewaffneten Kampfes der Partei und weiterhin der Arbeiterklasse wurde der Exekutive hier erst vor Augen geführt. Das erst brachte sie in Gang. Was tat sie darauf? Sie berief eine Konferenz ein, an der die führenden Genossen von hier sowie der Exekutive teilnahmen. Als die Konferenz einberufen wurde, waren die meisten der russischen Genossen abwesend. Brandler und andere waren bereits Ende August in Moskau angekommen. Man ließ sich ruhig Zeit, die Verhandlungen zu eröffnen und zu führen. Man verbrachte 7 Wochen in Moskau, während die Ereignisse in Deutschland weitergingen, um den Aktionsplan für die deutsche Revolution zu entwerfen. In wochenlangen Unterhandlungen wurde ein Aktionsplan entworfen für die Revolution, die man vorauskalkulierte. Das Charakteristische an diesem Aktionsplan ist, daß man nicht auf Grund bereits **bestehender Tatsachen** in Deutschland diesen Aktionsplan entworfen hat, sondern daß man einen Aktionsplan **auf Wochen und Monate hinaus entworfen hat** auf Grund einer **Spekulation** über die Ereignisse, die in 4—8 Wochen in Deutschland eintreten **sollten oder würden.** In Rußland hatte man 1917 einen Termin für den Aufstand festgelegt, nachdem eine Mehrheit für die Bolschewiki in Leningrad vorhanden war, als man der bewaffneten Kräfte dort bereits sicher war, als Kerenski abgewirtschaftet hatte, als die Situation reif war. Der Aktionsplan für den Oktober 1923 war nicht gegründet auf solchen Tatsachen, sondern auf **der Spekulation, daß die Ereignisse in Deutschland vom August ab denselben Gang gehen würden wie vom August bis Oktober in Rußland,** d. h. daß inzwischen die Partei die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich bekommen würde, daß sie die Arbeiter inzwischen genügend bewaffnen könnte und daß der Gegner inzwischen machtlos und zersetzt würde. In Rußland hatte man auf Grund realer Voraussetzungen einen Plan für den Aufstand festgelegt, zwar nicht Wochen vorher, wie Trotzki sagt, aber **Tage** vorher. Für Deutschland aber setzte man das **Monate** vorher fest. Das ist das Entscheidende. Man übertrug das Schema des Oktober 1917 auf Deutschland, ohne daß die Tatsachen vorhanden waren — spekulativ!

Einige weitere Dinge muß man hier erwähnen, die damit im Zusammenhang stehen. Die Tatsache des Eintritts in die sächsische Regierung war kein Fehler von Brandler, sondern sie war auf einen Beschluß zurückzuführen, **der gegen den Widerspruch von Brandler** zustandegekommen ist. Brandler wandte sich dagegen und erklärte, daß in der Arbeiterschaft dafür noch gar nicht die Voraussetzungen vorhanden seien. Es galt, erst die Voraussetzungen für einen Eintritt in die Regierung zu schaffen. Er forderte eine gewisse Frist, um diese Voraussetzungen in den Betrieben zu schaffen. Da erklärte man ihm: Wenn du an die Revolution glaubst, dann **mußt du dies durchführen.** Man appellierte an seine Disziplin. Es handelte sich weiter um die Frage, ob die Betriebsräte eine Grundlage sein könnten für die Machtorgane der proletarischen Revolution. Man entschied sich in Moskau dafür, daß sie dies könnten, daß sie an die Stelle der politischen **Arbeiterräte treten könnten.** Man entschied auch damit falsch. So war **der Aktionsplan,** der in wochenlangen Beratungen fertiggestellt wurde.

4. Die Wendung durch das Eingreifen der Bourgeoisie

Bei diesem Aktionsplan stellte sich leider heraus, daß nicht nur wir Aktionspläne machten, die revolutionäre Partei, sondern auch der Gegner. Und er machte nicht nur Aktionspläne, er handelte. Und es stellte sich weiter heraus, daß, nachdem der Aktionsplan fertig war und die Genossen herüberkamen, um ihn durchzuführen, **sich die Situation, auf der der Aktionsplan spekulativ aufgebaut war, vollständig geändert hatte, in ihr Gegenteil verkehrt war.** Die Bourgeoisie hatte die Initiative ergriffen. Die Grundlage, auf der der Aktionsplan aufgebaut war, erwies sich als Luftspekulation. Der Bourgeoisie war klar, daß, wenn sie nicht aktiv eingreifen würde durch Zugeständnisse an die Arbeiterschaft und Kompromisse mit dem französischen Kapitalismus, **wirkliche Revolutionsgefahr für sie herannahe.** Sie ließ sie aber nicht passiv herannahen, sondern machte in kürzester Frist die nötigen Zugeständnisse. Sie beeilte sich, den passiven Widerstand abzubrechen, den Ruhrkampf abzublasen. Stresemann trat auf, man müsse den Weg der diplomatischen Verhandlungen aufnehmen. Die Sozialdemokratie, besonders ihr linker Flügel, drängte zum Abbruch des passiven Widerstandes. Die Bourgeoisie mit Stresemann an der Spitze hat den Ruhrkampf nach dem Cuno-Streik schnell zu Ende geführt. Hier die wichtigsten Daten:

Am 23. August — hielt Stresemann eine Rede, in der er Frankreich ein Kompromiß anbot.
„ 2. September — Rede in Stuttgart.
„ 6. September — Rede vor auswärtigen Pressevertretern.
„ 11. September — begannen die Verhandlungen mit Frankreich.
„ 24. September — wurde von der deutschen Regierung die offizielle Weisung gegeben, den passiven Widerstand aufzugeben.
„ 25. September — wurde diese Weisung verkündet.
„ 26. September — erschien ein Aufruf des Reichspräsidenten und der Regierung, in dem öffentlich aufgefordert wurde, den passiven Widerstand aufzugeben.

In wenigen Wochen war die Bourgeoisie imstande, ihrerseits den Ruhrkampf zu beenden, den Frieden herbeizuführen, das Kompromiß mit den französischen Kapitalisten einzuleiten. Damit war verbunden, daß sie die damaligen Faschisten zurückrief. Sie hatte sie benutzt zu Sabotageakten im Rheinland, für die Schwarze Reichswehr, wie sie damals hieß, und gab ihnen jetzt einen Fußtritt. Der Abbruch des Ruhrkampfes war die erste Wendung. Das zweite, was die Bourgeoisie nach dem Cuno-Streik vollbrachte, war die Beendigung der Inflation und die Einleitung der Stabilisierung. Eingeleitet wurde diese Wendung durch die Einführung der Goldrechnung, zunächst im Großhandel; bereits im großen Umfange wurde sie in der Industrie durchgeführt. Anfang September war die Goldrechnung in Industrie und Handel bereits allgemein geworden und auch in den Einzelhandel eingedrungen. Wenn die Bourgeoisie die Inflation nach August abgebaut hat, so nicht nur wegen der Revolutionsgefahr, die sie mit sich brachte, sondern weil auch die Wirkungen der Inflation von einem bestimmten Punkt ab in ihr Gegenteil umschlugen. Von einem bestimmten Punkt ab mußte die Inflation nicht mehr als Exportprämie wirken,

sondern umgekehrt. Die Bourgeoisie hat die Inflationskonjunktur ganz kühl bis zu Ende ausgenützt. Sie ist bis zu dem Punkt gegangen, zu dem man überhaupt gehen konnte, und hat erst dann ganz Schluß gemacht, als die Inflationskonjunktur in die Inflationskrise umzuschlagen begann.

Der zweite Akt nach der Einführung der Goldrechnung war die Einführung der sogenannten Goldlöhne, der „wertbeständigen" Löhne. Schon seit Juni kamen Vereinbarungen zustande über wertbeständige Löhne, über 2—3malige Lohnzahlungen in der Woche. Das waren natürlich keine wirklich wertbeständigen Löhne, aber es bedeutete eine Milderung der Entwertung der Löhne.

Am 14. August trat Stresemann im Reichstag auf und gab das offizielle Versprechen der Einführung wertbeständiger Löhne. Dann ging man an die Stabilisierung.

Zwischen August und der Ausgabe der Rentenmark am 15. November wurde nach einer Statistik der Reichsbank an wertbeständigem Notgeld nicht weniger als 989 Millionen Goldmark ausgegeben. Also nicht erst die Einführung der Rentenmark hatte hier eine Wandlung geschaffen, sondern dazwischen lag eine ganze Anzahl von Notmaßnahmen.

Die entscheidende Wendung, die Mitte August, nach dem Cuno-Streik, eintrat, wird auch schlagend bezeugt durch die Broschüre von E. Pawlowski (Varga): „Vor dem Endkampf in Deutschland", deren Vorwort vom 10. Oktober 1923 datiert ist. Varga war bereits damals Offiziosus, wie er es heute ist.

Man liest auf S. 42:

„Die vierte Etappe ist die seit dem 15. August. Die Arbeiterschaft hatte sich durch ihre Massenbewegung eine starke Lohnerhöhung und die Anpassung an die Teuerung erkämpft. Der Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung, das Eingreifen der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen dämpfte den Kampfwillen der breiten Arbeitermassen. Sie hatten noch immer die Illusion, daß die Sozialdemokratie ihnen Hilfe bringen könnte."

Auf S. 47:

„Die deutschen herrschenden Klassen ändern nach dem Generalstreik Mitte August auf einmal ihre Taktik: sie forderten nunmehr selbst die Währungsreform . . . Da gleichzeitig auch unter dem Eindruck des Generalstreiks wertbeständige Löhne eingeführt wurden, so war die Aufrechterhaltung der Papiermark für die deutsche Großbourgeoisie und Großlandwirtschaft überflüssig geworden . . . Daher sehen wir gegen Ende August eine ganze Reihe von Plänen zur Schaffung einer neuen stabilen Valuta auftauchen. Diese Pläne werden von großkapitalistischen Kreisen auf das energischste unterstützt. Die Aufgabe wird als so dringend hingestellt, daß der Regierung nicht einmal einige Wochen Zeit zur Ueberlegung gelassen werden sollen."

S. 64:

„Obwohl sich die deutschen Arbeiter schon unzählige Male in der Sozialdemokratie getäuscht haben, sind breite Schichten der Arbeiter-

schaft wieder hereingefallen. Man ließ sich von den Redensarten Hilferdings täuschen: der parlamentarisch-demokratische Kretinismus, der Wahn, daß parlamentarischer Kuhhandel das Schicksal des Proletariats entscheide, bewog viele Proletarier, im Zusammenhang mit den durch die gewaltige Streikbewegung erzielten Lohnerhöhungen eine abwartende Haltung einzunehmen."

5. Der entscheidende Fehler der Partei nach dem Cuno-Streik

Diese beiden Reihen von Ereignissen zeigen, wie die Voraussetzungen, auf denen der Aktionsplan aufgebaut war, durch das Eingreifen der Bourgeoisie völlig geändert wurden. Was hat aber die Partei weiter gemacht? Der entscheidende Fehler in der Aktion der Partei liegt darin, daß sie gläubig auf den Aktionsplan, der entworfen worden war, starrte, daß sie es unterließ, die **politischen Vorbereitungen für den Kampf um die Macht zu treffen,** daß sie sich **beschränkte auf eine technisch-organisatorische Vorbereitung.** Trotzki hatte erklärt: „Die Politik macht der Gegner." Er war der Ansicht, daß der Hauptmangel der Revolutionäre im Westen bisher der gewesen war, daß sie die Bewertung der technischen und organisatorischen Vorbereitung des Aufstandes nicht genügend eingeschätzt hätten. Die Politik hat allerdings der Gegner gemacht, und zwar sehr zweckentsprechend für sich, während eben der Grundfehler der Partei nach dem Cuno-Streik der war, daß sie keine Politik machte, daß sie die **politische Vorbereitung durch Teilkämpfe und Teilaktionen** unterließ und sich beschränkte auf technisch-organisatorische Vorbereitungen. **Welcher Art** ist dieser Fehler? Ist das ein „rechter" oder ein „linker" Fehler? Ich glaube, es ist ein **ausgesprochen linker Fehler,** ohne genügende politische Vorbereitung und Voraussetzungen, auf Grund rein technisch-organisatorischer Vorbereitungen in den Aufstand gehen zu wollen. Man muß sich vergegenwärtigen: Der Gegner versetzt der Arbeiterbewegung nach dem Cuno-Streik eine ganze Reihe von Schlägen, auf die die Partei nicht reagiert, **weil sie ihre Kräfte nicht in Teilkämpfen verzetteln will.** Aber gerade dadurch versäumt die Partei, die Kräfte der übrigen Arbeiterschaft mit sich zu verbünden und **festzustellen, über welche Kräfte in den Massen sie verfügt.**

Von den Regierungsaktionen im Anschluß an den Cuno-Streik nenne ich:

17. August — löst Severing den Reichsausschuß der Betriebsräte auf, ohne daß die Partei dagegen eine Protestaktion einleitet.

13. Oktober — Ermächtigungsgesetz der Regierung: Auch hier keine Gegenaktion der Partei.

Die Partei beschränkt sich darauf, ihre technisch-organisatorischen Vorbereitungen fortzusetzen. Dann kam am **12. Oktober der Eintritt in die sächsische und kurz darauf in die thüringische Regierung.** Der Eintritt in die sächsische Regierung erfolgte, wie bereits erwähnt, nicht aus freien Stücken, sondern auf Beschluß der Exekutive, dem die gesamte Zentrale

der deutschen Partei einschließlich der damaligen Linken, Ruth Fischer usw., zugestimmt hatten.

Hat sich etwa irgend jemand von uns eingebildet, daß wir zusammen mit der Sozialdemokratie die Macht erobern und ausüben könnten? Kein Mensch von uns hat daran gedacht. Aber der Gedanke, der der Exekutive beim Eintritt in die sächsische und thüringische Regierung zugrundelag, war, daß die Partei den **Regierungsapparat ausnützen könne,** um die Arbeiter zu bewaffnen. Die Exekutive machte sich folgende Vorstellung: Wir sitzen in der Regierung, bewaffnen die Arbeiter, rühren uns inzwischen nicht und „ignorieren" derweil den General Müller, der an der Spitze der Reichswehr stand. Aber der General Müller ignorierte keineswegs uns, sondern griff sofort ein. Er unterstellte sofort die Landespolizei seinem Kommando. Als Böttcher eine Rede hielt, in der er zur Bewaffnung der Hundertschaften aufforderte, stellte Müller ein Ultimatum, und es erfolgte mit Zustimmung von Ebert der Einmarsch der Reichswehr. — Aus diesen Tatsachen ergibt sich, daß die Situation, in der man in Sachsen und Thüringen in die Regierung eingetreten war, gar nicht den Voraussetzungen entsprach, unter denen nach unserer Vorstellung die Bildung einer Regierung durch Kommunisten erfolgen könnte. Der Widerstand, den Brandler in Moskau geleistet hatte, war voll berechtigt. Nur unter einer Voraussetzung hätte man eine Regierung bilden können, daß man imstande war, so zu handeln, wie man als Kommunist und Revolutionär handeln muß, und den Widerstand der Bourgeoisie zurückzuschlagen. Das kann man aber nur **gestützt auf Zustimmung der Mehrheit der Arbeiter zur Diktatur,** auf die **bewaffneten Arbeiter,** auf einen bereits siegreichen Aufstand.

So geschah der Eintritt in die sächsische Regierung unter einer falschen Voraussetzung. Aber wie herauskommen? Dafür gab es nur zwei Wege. Der erste: sofort mit revolutionären diktatorischen Maßnahmen auftreten, die natürlich sofort den Widerstand der Bourgeoisie aufreizen und die Koalition zerbrechen mußten. Der zweite Weg, wie er auch eingeschlagen wurde, die Arbeiter mit staatlichen Mitteln bewaffnen und im übrigen im verfassungsmäßigen Rahmen bleiben, in der Hoffnung, daß sich der Gegner nicht rührt. In beiden Fällen mußte das Resultat die Durchkreuzung des eigentlichen Aktionsplanes sein. Aber im ersten Falle wäre dieser Plan durchkreuzt worden durch eine Reihe von Maßnahmen, die revolutionär-propagandistisch gewirkt hätten. Eine Regierung mit Kommunisten mußte damals sofort mit diktatorischen Maßnahmen auftreten. Es war eine gewaltige Arbeitslosigkeit im Lande. Für die Arbeitslosen sorgen, bedingte, daß man sofort von den Unternehmern Geld beschlagnahmte. Arbeit beschaffen erforderte, die von den Unternehmern stillgelegten Betriebe sofort wieder in Gang setzen. Auch die Lebensmittelbeschaffung erforderte unmittelbar diktatorische Maßnahmen. Keine wirkliche Aktion der Regierung konnte geschehen ohne solche diktatorischen Maßnahmen. Ein ganzes Programm solcher unmittelbar zu treffender diktatorischer Eingriffe war von uns ausgearbeitet worden. Aber es war weder möglich, sie mit dem vorhandenen bürgerlichen Regierungsapparat und gegen die Sabotage der Sozialdemokraten in der Regierung und im Landtag durchzuführen, noch blieb auch nur die Zeit dafür. Der Einmarsch der Reichswehr kam Hals über Kopf.

6. Die Frage des Rückzuges und die Chemnitzer Konferenz

Weiter die Frage des Rückzugs, die eng zusammenhängt mit der Frage der Chemnitzer Konferenz vom 21. Oktober, auf der der Rückzug entschieden worden ist. Hier einige Tatsachen. Vielfach wurde behauptet, die Konferenz vom 21. Oktober habe gar kein wirkliches Bild der sächsischen Arbeiterschaft gegeben, es sei keine Konferenz von Arbeitervertretern gewesen, sondern nur von Bonzen. Das stimmt nicht. Die Zusammensetzung der Konferenz war folgende:

140 Betriebsarbeiter,
15 Vertreter von Aktionsausschüssen,
26 Delegierte von Konsumvereinen,
102 Vertreter der Gewerkschaften,
16 Erwerbslose,
7 offizielle Delegierte der SPD.,
60 offizielle Delegierte der KPD.,
1 offizieller Delegierter der USP.
102 gewerkschaftliche Delegierte vertraten Ortskartelle.

In ihrer Mehrzahl waren die Anwesenden Delegierte von **Betrieben.** Es ist gar nicht zu bestreiten, wenn man sich diese Zusammensetzung ansieht, daß die Konferenz im wesentlichen eine zutreffende Widerspiegelung der Stimmung in der sächsisch-thüringischen Arbeiterschaft war.

Was geschah auf dieser Konferenz? Am Abend zuvor hatte die Zentrale **einstimmig** den Beschluß gefaßt, daß auf Grund der Nachrichten über den Einmarsch der Reichswehr die Losung des Generalstreiks, der den bewaffneten Kampf einschloß, herausgegeben werden sollte. Man entschied dann aber, daß man noch den Verlauf der Konferenz abwarten wolle, um die wirkliche Stimmung kennen zu lernen. Auf dieser Konferenz stellte der Genosse Brandler in Uebereinstimmung mit der Zentrale die Forderung, die Konferenz solle die Losung des Generalstreiks als Kampflosung gegen den Einmarsch der Reichswehr herausgeben. Wäre dort eine wirkliche revolutionäre Stimmung gewesen, die bereit war zum Machtkampf, dann war klar, daß die Versammlung diese Losung begeistert aufnehmen mußte und daß aus dem Generalstreik der bewaffnete Kampf um die Macht sich hätte entwickeln müssen. Die Wirkung aber war ganz anders. Brandlers Verschlag fiel in der Versammlung glatt zu Boden. Die Versammlung nahm den Antrag eisig auf. Dann passierte folgendes: Der linke SPD.-Minister G r a u p e trat auf und erklärte, falls die Kommunisten nicht darauf verzichteten, die Frage des Generalstreiks in dieser Versammlung zu stellen, dann würde er mit seinen sieben Leuten die Versammlung verlassen. In einer wirklich revolutionären, kampfentschlossenen Versammlung hätte ein Sturm der Empörung die Flaumacher weggefegt. Aber das Gegenteil geschah. Die Versammlung beschloß daraufhin, auf den unmittelbaren Aufruf zum Generalstreik zu verzichten und statt dessen eine kleine Kommission zu ernennen, die darüber befinden sollte. Es war dies ein Begräbnis dritter Klasse.

Was bedeutete das? Das bedeutete, daß unter den sächsischen Arbeitern alle die Maßnahmen, die die Bourgeoisie durchgeführt hatte, ihre

Wirkung getan hatten, daß die Arbeiterschaft gespalten war, daß gar keine Rede davon sein konnte, daß etwa die Mehrheit der sächsischen Arbeiterschaft in diesem Moment bereit war, um die Macht zu kämpfen. Es gab einige **Orte,** wo das der Fall war, aber für Sachsen und für Deutschland **im ganzen** traf das keineswegs zu. Die wirkliche Situation hatte sich als ganz anders herausgestellt, als sie im Aktionsplan vorgesehen war. Auf Grund der Einsicht in die **wirkliche** Lage kam der **einstimmige** Beschluß der Zentrale zustande, daß der Rückzug angetreten werden müsse. Nicht nur Brandler, sondern auch alle „linken" Genossen der Zentrale und alle die auswärtigen Genossen, die damals in Deutschland anwesend waren, haben **ohne Ausnahme** diesem Beschluß zugestimmt. Einige der letzteren waren noch zu diesem Tage herbeigeeilt, um zu verhüten, daß der Aufstand beschlossen würde.

Wäre dieser Beschluß nicht gefaßt worden, hätte die Partei es auf den Zusammenstoß mit dem überlegenen Gegner ankommen lassen, so wäre von ihr nur noch ein nasser Fleck übriggeblieben. Andere haben in solchem Falle anders gehandelt, z. B. in Bulgarien, und es gibt noch mehr derartige Beispiele. Aber sie ermuntern nicht zur Nachahmung. Keine Führung einer Partei kann den Einsatz eines Entscheidungskampfes verantworten, wenn sie die sichere Niederlage voraussieht. Man könnte einwenden, es habe schon mehr Situationen gegeben, wo die Partei mit der Arbeiterschaft gekämpft hat, auch mit der Aussicht auf eine Niederlage. Gewiß, wir haben im Januar 1919 gekämpft, wo keiner die Hoffnung hatte, die Macht zu erobern. Wir haben auch in München gekämpft, wo jeder wußte, daß es sich nicht um die Erringung des Sieges handelte. Der Unterschied besteht darin: In dem einen Falle war es die große Masse der Arbeiterschaft, die kämpfte, und die Partei durfte in einer solchen Situation die Arbeiterschaft nicht im Stich lassen. Anders ist es, wenn der Kampf sich beschränkt auf die Partei und die Massen nicht dahinterstehen, und wenn die Niederlage dann kommt durch die Partei, durch ihre falsche Taktik, durch ihre falsche Einschätzung der Lage. Das würde die Partei nicht fördern in den Augen der Massen, sondern diskreditieren. **Es gehört mehr Mut dazu, in einer solchen Situation zum Rückzug zu blasen,** als den Schritt zu wagen, der die Partei **isoliert** in den Kampf führt und auf Jahre vernichtet.

Die Einschätzung der Lage, wie sie sich aus der Chemnitzer Konferenz ergab, wurde noch durch eine Reihe weiterer Vorkommnisse bestätigt. Nur zwei davon will ich hier anführen.

Erstens der **Hamburger Aufstand.** Er wurde dadurch entfesselt, daß Remmele als einer der Boten der Zentrale so früh von Chemnitz abgegangen war, daß man ihn nicht mehr zurückrufen konnte. (Remmele hatte Aufträge für Kiel, aber nicht für Hamburg.) In Hamburg wurde die Losung zum Generalstreik gegeben, und es kämpften 200 tapfere Kommunisten; die große Mehrheit der Hamburger Arbeiterschaft verhielt sich so, daß sie sagte: „Die Kommunisten, das sind sehr tapfere Kerle, wackere Burschen", und steckten die Hände dabei in die Tasche. Man versteht das sehr gut, wenn man bedenkt, daß die Arbeit in Hamburg im

besten Schwung war. Einige wirtschaftliche Daten erklären das zur Genüge — nur 4 Zahlen:

Angekommene Seeschiffe im Jahre	1922:	9 617
" " " "	1923:	12 041
Ausgehende " " "	1922:	10 631
" " " "	1923:	12 919

Hamburg war 1923 ein Haupteinfuhrhafen für Rohstoffe und Kohle aus England und Amerika. Die Masse der Hamburger Arbeiter hat infolgedessen keine Neigung zum Generalstreik oder zum bewaffneten Aufstand. Uebrigens kämpften 600 Arbeiter bei der republikanischen Schutzwehr. Als es galt, aus den Maiereignissen von 1929 in Berlin eine neue Legende zu machen, wurde plötzlich die alte Legende über den Hamburger Aufstand fallengelassen, und man konnte in den „Thesen für Agitatoren und Propagandisten" über „die Bedeutung und Lehren der Berliner Maikämpfe" lesen: „Der Hamburger Aufstand war ein Nachhutgefecht, ein Rückzugskampf im Moment einer niedergehenden Welle der Revolution, als die Massenbewegung im Reiche ihren Höhepunkt bereits überschritten hatte."

Zweitens **Berlin:** Die Berliner Leitung war damals „links". Von der Zentrale aus wurde die Leitung wiederholt aufgefordert, Massendemonstrationen zu machen und diese bewaffnet zu schützen. Sobald aber Demonstrationen versucht wurden, kamen einige Dutzend Leute, die sich bald verkrümelten.

Auch diese weiteren Proben zeigen nach Chemnitz die wirkliche Lage der Dinge, nämlich, daß die große Masse der Arbeiter nicht bereit war, um die Macht zu kämpfen.

Die Partei war im Begriff, trotz aller Versuche der Ruth Fischer und Maslow, das Feuer des Fraktionskampfes zu schüren, einen geordneten Rückzug anzutreten und ihre Kampfkraft geschlossen gegen die SPD. einzusetzen, als im Dezember die offene Unterstützung der damaligen Linken durch die Exekutive alle Dämme in der Partei zum Bersten brachte und so der Partei jede Möglichkeit benahm, den Einbruch in die SPD. zu machen, für den sonst die besten Voraussetzungen gegeben gewesen wären. Die Partei wurde durch planmäßige Panikmacherei zersetzt. Wenn die Maslow und Ruth Fischer sich rühmen, daß sie nach dem Oktoberrückzug die Partei „gerettet" haben, so ist die Wahrheit die, daß sie erst die Panik erzeugten, die ihnen dann erlaubte, sich als Parteiretter aufzuspielen. Diese ihre Rolle wurde noch erleichtert dadurch, daß die Partei noch Wochen nach dem Oktoberrückzug aufs äußerste angespannt war. In einer Armee, die, nachdem sie den Sieg schon sicher in der Hand zu haben glaubte, gezwungen ist, sich unter den schwersten Verfolgungen des Feindes zurückzuziehen, Panik zu machen, — ist keine Kunst. Es ist die leichteste Sache der Welt, wenn die Panikmacher, statt von der obersten Heeresleitung strengstens zur Ordnung gerufen zu werden, von ihr noch ermuntert werden.

Aber der deutschen Partei und der Kommunistischen Internationale wurde dadurch der schwerste Schaden zugefügt, nicht nur im gegebenen

Augenblick, sondern für Jahre hinaus. Ja, bis auf den heutigen Tag hat die Partei diesen Schaden nicht überwunden.

9. Einige der wichtigsten Lehren

Damit bin ich am Ende der Darstellung der Hauptpunkte der Ereignisse des Jahres 1923. Ich will nur noch ganz kurz sagen, was meiner Ansicht nach einige der wichtigsten Lehren aus diesen Ereignissen sind.

Ich glaube, die erste und wichtigste Lehre sollte die sein, daß man nicht aus 2000 km Entfernung revolutionäre Aktionspläne auf eine Frist von 8—10 Wochen ausarbeiten kann, sondern daß man das nur tun kann, wenn man direkt auf dem Aktionsplatz sitzt und die Ereignisse mit eigenen Augen verfolgt. Eine weitere Lehre für die Kommunistischen Parteien außerhalb Rußlands ist, daß sie nur dann hoffen können eine Revolution in ihrem eigenen Lande wirklich durchzuführen, wenn sie gelernt haben, die Klassenverhältnisse in ihrem Lande **selbständig** zu beurteilen, die Taktik und Strategie des revolutionären Kampfes **aus eigenem** Urteil zu entwickeln, und wenn sie sich an eigenes, kritisches und selbständiges Denken auch gegenüber der internationalen Leitung gewöhnt haben. Das war der schwerste und verhängnisvollste Fehler des Jahres 1923, daß die Partei und ihre Führung darauf verzichtete, auf ihrem selbständigen, kritischen Urteil zu beharren. Welches waren die Ursachen dafür? Gewiß keine beamtenmäßige Einstellung gegenüber den russischen Genossen, sondern eine Erwägung, die an sich ganz plausibel scheint. Brandler erzählte öfters, was ihn bewogen hat, in vielen Fällen gegen seine bessere Ueberzeugung den Ratschlägen unserer russischen Genossen im Jahre 1923 zu folgen. Er sagte: Unsere russischen Genossen sind bisher die einzigen, die eine siegreiche Revolution durchgeführt haben. Ich bilde mir ein, etwas von den deutschen Dingen zu verstehen, die deutsche Arbeiterschaft zu kennen. Aber wir haben noch keine siegreiche Revolution durchgeführt. Deshalb fügen wir uns **im Zweifelsfalle** denjenigen, die dies bereits geschafft haben. — Heute müssen wir sagen, das ist falsch, und es ist eine der größten Gefahren, es ist die Ursache der Krise in der Kommunistischen Internationale. Ohne daß diese Frage gelöst wird in dem Sinne, daß auch die Parteien in anderen Ländern lernen, den Klassenkampf in ihrem Lande nach eigenem Urteil zu führen, ohne das wird in keinem Lande die Revolution siegreich durchgeführt werden. Um die Bourgeoisie in der Wirklichkeit zu schlagen, muß man sie zuerst im Kopfe geschlagen haben. Die revolutionären Schlachten sind alle zuvor im Kopfe geschlagen, ehe sie in der Wirklichkeit geschlagen wurden. Auch in der russischen Revolution darf man nicht nur den Oktober sehen. Dazu gehören 30 Jahre politischer Vorbereitung, des gründlichen Durchdenkens aller Mittel und Wege der Revolution in Rußland. Das war das Entscheidende. Und genau so wird es auch in den anderen Ländern der Fall sein.

Die Kommunistische Internationale, als wirkliche Führerin der proletarischen Revolution, bedarf einer kollektiven Führung, sie bedarf reifer kommunistischer Parteien.

Die nächste Lehre, die wir ziehen müssen, ist die, daß man die Revolution nicht allein technisch und organisatorisch vorbereiten kann, sondern, daß sie politisch vorbereitet werden muß, daß man die Mehrheit der Ar-

beiter, die Mehrheit der werktätigen Bevölkerung gewinnen muß durch politische Teilaktionen und Teilforderungen, ehe man die Bedingungen in der Hand hat, um einen Machtkampf zu führen.

Dann glaube ich, daß wir auch aus den Ereignissen in Sachsen allerhand über die Frage der Bewaffnung der Arbeiterklasse lernen sollten. Es ist eine Illusion, zu glauben, daß man die Arbeiterschaft sozusagen hinter dem Rücken der herrschenden Klasse durch Verteilung von Waffen allein bewaffnen könne. Die Bewaffnung der Arbeiterschaft kann nur geschehen Hand in Hand mit dem politischen Kampf und seiner Entfaltung. Es ist das keine rein technisch-organisatorische Aufgabe.

Weiter sollten wir gelernt haben, daß man selbst mit einer parlamentarischen kommunistisch-sozialdemokratischen Koalitionsregierung nicht den Machtkampf führen kann. Um zu siegen, muß die Partei eine feste Mehrheit an Arbeitern hinter sich haben, die bereit sind, für die Aufrichtung der Rätemacht ihr Leben einzusetzen.

Eine andere Lehre ist auch die, daß die Betriebsräte nicht die politischen Arbeiterräte ersetzen können.

Das ist natürlich nicht erschöpfend. Ich habe hier nur die wichtigsten dieser Lehren herausgezogen. Ich habe auch aus den Tatsachen der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung von 1923 nur eine kleine Auslese gegeben. Aber ich glaube, daß dies genügt, um der linken Oktoberlegende endgültig den Garaus zu machen. Und ich glaube weiter, daß die Lehren, die wir heute noch aus dem Jahre 1923 zu ziehen haben, keine bloß historischen Lehren sind, die sich nur auf die Vergangenheit beziehen, sondern daß sie auch höchst aktuell sind in einer Lage, wo die Kommunistische Internationale noch stärker eben an den Fehlern krankt, die damals so verhängnisvoll waren. Der ultralinke Kurs herrscht immer noch in der Kommunistischen Internationale und in der Kommunistischen Partei Deutschlands. Die Belehrung über die Falschheit dieses Kurses hält man immer noch auf, indem man wieder den Oktoberpopanz von 1923 heranzieht.

Der Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland setzt die Lösung ihrer taktischen und strategischen Fragen voraus. Diese Fragen kann man nicht lösen, auf Grund einer Legende. Man kann sie nur lösen auf Grund der wirklichen Tatsachen.

Die linke Oktoberlegende über 1923 hat schon ein stattliches Alter erreicht. Sie ist beinahe kanonisch geworden. Das hilft aber nichts. Sie muß liquidiert werden, und sie wird liquidiert werden, so sicher, wie die Revolution in Deutschland nur von einer Kommunistischen Partei durchgeführt wird, die ihre Aufgabe zuvor geistig zu bewältigen vermocht hat.

Ein unerläßlicher Teil davon ist die Bewältigung der Fragen des Jahres 1923.

Anhang

Stalin über 1923

Wie Stalin unter dem unmittelbaren Eindruck der Ereignisse des Jahres 1923 die Lage beurteilte, geht hervor aus einem Brief, den er an Sinowjew und Bucharin Anfang August 1923 schrieb. Dieser Brief wurde von Sinowjew auf dem Plenum des Z.K. der russischen Partei Ende 1927 zitiert und hat folgenden Wortlaut:

„Sollen die Kommunisten im gegenwärtigen Stadium danach streben, die Macht ohne die Sozialdemokraten zu erobern. Sind sie bereits reif dazu? Das ist meines Erachtens die Frage. Als wir die Macht nahmen, hatten wir in Rußland solche Reserven wie a) Frieden, b) Land den Bauern, c) Unterstützung der ungeheuren Mehrheit der Arbeiterklasse, d) Sympathie der Bauern.

Die deutschen Kommunisten haben jetzt nichts dergleichen. Gewiß, sie haben die Sowjetunion in der Nachbarschaft, was wir nicht hatten, aber was können wir ihnen augenblicklich geben? Wenn in Deutschland jetzt sozusagen die Macht auf die Straße fiel und die Kommunisten sie auffangen würden, würden sie krachend scheitern. Das ist „bestenfalls"; und „schlimmstenfalls" würde man sie kurz und klein schlagen und sie zurückwerfen.

Nicht darum handelt es sich, daß Brandler „die Massen schulen" will, es handelt sich darum, daß die Bourgeoisie plus rechte Sozialdemokraten bestimmt diese Demonstration zur Schulung in eine Generalschlacht verwandeln werden (sie haben einstweilen alle Chancen dafür) und die Kommunisten zertrümmern werden. Freilich, die Faschisten schlafen nicht. Aber für uns ist es vorteilhafter, daß die Faschisten zuerst angreifen, daß wir die ganze Arbeiterklasse um die Kommunisten zusammenschweißen. (Deutschland ist nicht Bulgarien.) Ueberall sind die Faschisten nach allen Berichten in Deutschland schwach. Meiner Ansicht nach muß man die Deutschen zurückhalten und nicht antreiben."

Sinowjew über den Oktober 1923

Aus einer Rede von Sinowjew gegen Trotzki

Nach einem Bericht der Leningrader „Prawda", abgedruckt am Sonntag, dem 11. Mai 1924, Nr. 106.

„Es ist kein Geheimnis, daß die Opposition auch die Leitung der Komintern für falsch hielt. In Deutschland ging es im Oktober schlecht: Jetzt wird nun eine neue Theorie gebaut, daß wir in Italien die Revolution sabotieren ließen und in Deutschland die Revolution verschlafen haben. So versuchen sie zu sprechen. Natürlich, die Revolution sei deshalb mißlungen, weil irgend jemand gegähnt hat. Eine wunderbar tiefe marxistische Auffassung der Revolution! Und wir Armen, die bei Marx und Lenin gelernt haben, wir glaubten immer, daß bei der Entstehung einer Revolution wichtigere Faktoren eine Rolle spielen als das Gähnen des einen oder des anderen.

Was Deutschland anbelangt, so ist jetzt vollkommen klar, daß es sich nicht darum handelt, daß wir die Revolution verschlafen hätten, sondern umgekehrt, wir zu früh etwas für reif gehalten haben, was noch nicht reif war, wie Plechanow sagte — wir nahmen die Schwangerschaft des 2. Monats für die Schwangerschaft des 9. Monats. Dieser Irrtum ist keine Schande, so was kam mitunter auch bei Marx und Engels vor: Ein solcher Irrtum ist ganz begreiflich, denn Revolutionäre haben den Wunsch, ihre revolutionäre Stimmung möglichst rasch hervorzukehren. Wenn man alles das, was sich in Deutschland abgespielt hat, erwägt, so muß man uns den entgegengesetzten Vorwurf machen, den Vorwurf, daß wir die Ereig-

nisse zu sehr überschätzt haben, zu sehr darauf brannten, in den Kampf zu stürzen, zu sehr die Reife dessen, was dort war, überschätzten, aber keineswegs den Vorwurf, daß wir die Revolution verschlafen haben, wie das einige tiefsinnige Strategen sagen, indem sie Märchen von einer Krise in der Komintern und in der KPD. erzählen."

Zur Einschätzung der Sozialdemokratie

Eine grobe Fälschung der wirklichen Politik der „Brandler-Zentrale" 1923 besteht darin, daß behauptet wird, die „Brandler-Zentrale" habe die Rolle der SPD. opportunistisch verkannt und die leninistische Staatstheorie aufgegeben. Dazu ist zu sagen, daß der Eintritt in die sächsische und thüringische Regierung gegen den Willen von Brandler mit den Stimmen von Thälmann und Ruth Fischer in der Exekutive beschlossen wurde.

Ueber die Stellung Brandlers zur Sozialdemokratie geben wir den von ihm verfaßten Aufruf zum Antifaschistentag im Auszug, der die unkorrigierte politische Linie des deutschen Zentralkomitees enthält.

Aus dem Aufruf vom 11. Juli 1923

Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Wir gehen schweren Kämpfen entgegen! Wir müssen die höchste Aktionsbereitschaft entfalten. Auf die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbürokratie ist kein Verlaß. Wie in allen bisherigen Abwehrkämpfen des revolutionären Proletariats gegen die Konterrevolution wird die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbürokratie die Arbeiter auch jetzt im Stich lassen und verraten . . .

Wir Kommunisten können in dem Kampfe gegen die Konterrevolution nur siegen, wenn es uns gelingt, ohne und gegen die verräterische sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsbürokratie, die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitermassen mit uns gemeinsam in den Kampf zu führen.

Zu diesem Zwecke müssen sofort alle Vorbereitungen für eine kampffähige Abwehraktion getroffen werden . . .

Die gemeinsamen proletarischen Abwehrorganisationen müssen allen Widerständen zum Trotz unverzüglich aus den Betrieben heraus organisiert werden.

Die Parteibezirke, die mit der Betriebszellenarbeit noch nicht fertig sind, müssen in den nächsten Tagen, innerhalb kürzester Frist, arbeitsfähige Betriebszellen ins Leben rufen.

Die Verbindung der Bezirksleitungen und den Ortsgruppen der Bezirke untereinander und mit der Reichszentrale sowie der Kurierdienst müssen sofort aufs sorgfältigste organisiert werden.

Die Partei muß ihre Organisation so schlagkräftig machen, daß sie auch im offenen Bürgerkrieg in keinem Bezirk versagt.

Im Falle der Lahmlegung der legalen Verkehrsmittel, der Eisenbahn und Post bei einem Generalstreik oder bei militärischen Kämpfen, muß die Verbindung zwischen den Organisationen, der Druck und die Verbreitung von Propagandamaterial usw. unbedingt sichergestellt sein . . .

Der Faschistenaufstand kann nur niedergeworfen werden, wenn dem Weißen Terror der Rote Terror entgegengestellt wird. Erschlagen die Faschisten, die bis auf die Zähne bewaffnet sind, die proletarischen Kämpfer, so müssen diese erbarmungslos alle Faschisten vernichten. Stellen die Faschisten jeden zehnten Streikenden an die Wand, so müssen die revolutionären Arbeiter jeden fünften Angehörigen der Faschistenorganisationen an die Wand stellen.
